

Die Arbeit erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 2,- M., im übrigen je nach der Distanz selbst abgeholt 2,50 M. Für Postgebühren nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Erwerbungsbescheinigung für Deutschland und Österreich 12,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Preis für Ausland-Versand, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Verleger: Expedition und Verlag: Berlin S. O., Weite Straße 8-9.

Die schlagzeilige Kopierregel über deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kaufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Schriftführer: Zentrum 2030, 2645, 4516 4603, 4635, 4619, 4622.

# GRUPPE

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Ein Appell an die Kulturwelt

### Die polnische Hölle

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Ich habe lange gezögert, ausführlich von den Dingen zu sprechen, die in Polen und Litauen im ganzen Operationsgebiet die jüdische Bevölkerung im Innersten bewegen. Ich habe an die Dinge nicht glauben wollen, die von Juden und Russen erzählt wurden und habe auf die Dokumente gewartet, die mir versprochen worden waren. Nun aber, da durch den polnischen Vormarsch eine riesengroße Gefahr für Hunderttausende der jüdischen Bevölkerung erwachsen ist, wäre Schweigen ein Verbrechen.

Wenn nur der zehnte Teil von dem wahr ist, was die jüdische Bevölkerung wie die russischen Truppen über die Greuelthaten der Polen an den Juden beim Rückzuge erzählen, so muß ein Schrei der Empörung und Entrüstung durch die ganze zivilisierte Welt gehen; dann hat die moderne Geschichte nur noch das Beispiel der Kameniergreuel, das zum Vergleich herangezogen werden könnte. Ich bin weder Jude noch Bolschewist, also vor dem Vorwurf der Parteilichkeit geschützt. Ich habe trotzdem alle Erzählungen sorgfältig geprüft. Ich habe trotz aller Erzählungen als die üblichen Kriegsgreuelmärchen zunächst abgelehnt. Erst als ich Zeugen traf, die nach menschlichem Ermessen als einwandfrei gelten müssen, als Augenzeugen zögernd und halb widerwillig, weil in Furcht, mir Wort für Wort befähigten, was die Fama erzählt oder auch die Uebertreibungen abstrichen, erst als ich die neue Auswanderung einer ganzen Volkschicht sah, als alle Straßen in Polen und Litauen mit flüchtenden Juden überfüllt waren, als über die deutsche Grenze Hunderte und Tausende flüchteten, als Männer, Frauen und Kinder Hand und Fuß im Stich ließen und in das Elend gingen, nur um das Leben zu retten, erst da habe ich mein Zweifeln aufgegeben und halte es für meine Pflicht, an das Gewissen der Kulturwelt zu appellieren, um das Leben Hunderttausender jüdischer Männer, Frauen und Kinder zu retten.

Ich habe nichts zu beschönigen. Es ist richtig, daß die gesamte kommunistische Miliz in den von den Russen besetzten Gebieten fast ausschließlich aus Juden bestanden hat, abgesehen von wenigen rein ländlichen Gegenden gelegenen Grenzorten. Es ist richtig, daß die revolutionären Komitees aus mitgebrachten jüdischen Agitatoren bestanden, nicht nur aus russischen, sondern auch österreichischen und ungarischen Juden. Es ist richtig, daß ein Teil der jüdischen Bevölkerung sich in der Hoffnung, vom Polenoch befreit zu sein, nur allzu willig den kommunistischen Agitatoren zur Verfügung gestellt hat. Nirgends aber sind mir Erschießungen, oder irgendwelche Greuelthaten oder Raubakte bekannt geworden, die die Bolschewisten oder die jüdische Bevölkerung an den Polen verübt haben. Das alles ist kein ausreichender Grund, daß jetzt ungeheurer Judenpogrom von den rückkehrenden Polen einverleitet werden dürfte, das alles ist vor allem keine Entschuldigung für die Greuelthaten, die vorher von den Polen begangen worden sind. Ich gebe als Chronist wieder, was mir möglichst genaue Angaben berichtet wurde. Obwohl ich jede Erzählung auf das sorgfältigste nachgeprüft und durch voneinander unabhängige Gewährsmänner habe berichten oder bestätigen lassen, muß die Verantwortung dafür doch bei denen bleiben, die das Material übergeben haben. Sie haben es mir nicht entgegengetragen. Ich habe es mir in mühseliger Arbeit ertragen müssen. Die Furcht ist so groß, daß man nicht einmal frei und offen zu klagen wagt. Ich beginne mit den weniger grausigen Fällen, die der Gerechtigkeit wegen wiedergegeben werden müssen und die auf eine einsichtige obere polnische Instanz zurückzuführen sind.

In Suwalki wurde der jüdische Schneidermeister Bärenstein beschuldigt, ein Paar Militärhosen, die ein polnischer Leutnant Parader ihm zum Aufhängen gegeben hatte, nicht abgeliefert, sondern für die anrückenden Bolschewisten behalten zu haben. Er wurde verhaftet und fortgeschleppt. Seinen Brüdern gelang es, gegen ein Lösegeld von 10 000 M. den bereits abtransportierten zu befreien. Ein kleiner jüdischer Junge findet auf der Straße ein kommunistisches Paket, das nach Ansicht der Gewährsmänner von den Polen absichtlich hingeworfen wurde, um Material gegen irgendeinen Juden zu liefern. Er wird von polnischen Gendarmen verhaftet, mit dem Säbel über den Kopf geschlagen und zum Tode verurteilt. Erst durch Fürsprache einflussreicher Personen wird er auf Befehl einer einsichtigen oberen polnischen Dienststelle freigelassen.

Zu dem Inhaber einer Bierstube in der Marktstraße in Suwalki mit Namen Bonjstowski schmuggelt ein polnischer Junge zwei Tage vor dem Abzug einen Revolver in das Gastzimmer, kommt dann selbst mit polnischer Gendarmen zurück und der jüdische Wirt wird unter dem Verdacht, Waffen für die anrückenden Bolschewisten verborgen zu haben, verhaftet. Zufälligerweise erkennt der polnische Leutnant Parader an der Nummer den Revolver wieder, den er am Morgen dem polnischen Jungen als einem Spitzel seiner Abteilung übergeben hat. Er läßt den jüdischen Gastwirt frei.

In Raski wird ein aus Amerika zurückkehrender Jude mit Namen Ruchbaum unter der Beschuldigung verhaftet, kommunistische Agitationsgelder mitgebracht zu haben. Gegen Zahlung von 10 000 M. Lösegeld wird er schließlich freigelassen. Zwei Tage vor dem Abmarsch der Polen wird er von Neuem verhaftet, an eine

Telegraphenstange gebunden und mit Erschießen bedroht. Der Vater stirbt angesichts dieser Gefahr an Herzschlage, die Mutter wird schwer nervenkrank. Gegen neues Lösegeld läßt man ihn schließlich wieder frei.

Das waren die Maßnahmen an Orten, in denen wenigstens die verantwortlichen polnischen Behörden noch einiges Einsehen hatten. Ungeheurer aber ist das, was aus Grodno mir von Augenzeugen — jüdischen und russischen — berichtet worden ist.

Beim Abtransport der Polen haben diese Hunderte von jüdischen Männern und Frauen verhaftet und fortgeführt. Niemand weiß etwas von ihrem Schicksal. — Der Bäcker Schwarz in der Grodnoer Vorstadt soll den abziehenden Polen mehrere Oesen liefern, als er sich außerstande erklärte, nimmt man seine Tochter fest und droht, sie zu vergewaltigen. Erst gegen ein Lösegeld von 80 000 M. wird sie freigelassen. Dem Bäcker selbst reihen die polnischen Soldaten den Bart mit ganzen Haut- und Fleischstücken ab. — Ueber das Abreißen von Bärten wird mehrfach auch aus Lomha berichtet. Vor allem haben mir russische Soldaten bestätigt, daß sie mit eigenen Augen die Mißhandlungen gesehen haben.

Ein amerikanischer Jude kehrt mit großen in Amerika für die Juden gesammelten Geldmitteln nach Grodno zurück. Die Polen bringen in seine Wohnung ein. Da er nicht anwesend ist, drohen sie seiner Schwester mit Vergewaltigung. Als sie um Hilfe schreit, wird sie erschossen. Der zu Hilfe eilende jüngste Bruder wird durch zwei Schüsse so schwer verletzt, daß er wenige Stunden darauf stirbt. Der Bruder aus Amerika mochte selbst dem Begräbnis seiner Schwester bei.

Ein jüdisches Mädchen wurde erschossen aufgefunden, sie war vergewaltigt worden. Auf ihrer Brust trug sie noch Papiere, die vom Schutz durchsichert und von der Wunde durchblutet waren. Diese Papiere sollen mit anderm Anlagematerial nach Amerika gebracht worden sein.

Einen Tag vor dem Abzug verschwanden ein und zwanzig zur Zwangsarbeit herangezogene jüdische Bürger. Nach mehreren Tagen fand man fünfzehn davon ermordet im Karioffelacker, angeblich war einem Teil davon Hände und Füße abgeschnitten, Nägel in den Kopf geschlagen, Augen und Junge ausgegriffen. Da die Bolschewisten gerade eine große Versammlung auf dem Paradeplatz veranstalteten, wurden die fünfzehn verstümmelten Leichen dorthin gebracht. Acht waren überhaupt nicht zu erkennen die übrigen sieben erkannte man an einzelnen Kleidungsstücken. Die Bolschewisten haben angeblich alle fünfzehn Leichen photographiert.

In der Vorstadt Grodnos sollen allein 800 jüdische Häuser niedergebrannt sein. Ueber das Schicksal der meisten Bewohner ist nichts bekannt.

### Von der Ostfront

Rönigsberg i. Pr., 11. September.

An der litauisch-polnischen Front haben die Polen im weiteren Vorrücken die Ortshäfen Sejny und Kraonopol besetzt.

An der bolschewistisch-polnischen Front von Bialystok, östlich Brest-Litovsk, entlang dem Zug wechselseitige Kampfhandlungen. Deutlich von Lemberg halten die Polen die Linie Suol-Kohatyn-Snila Lupa.

### Neue russische Offensive

WA. Helsingfors, 11. September.

Der amtliche Bericht des russischen Armeekommandos vom 10. September lautet wie folgt: Im Gebiete von Wladimir-Wolynsk räumten wir unter dem Druck des Feindes die Stadt Grubischow und nahmen am rechten Ufer des Bug neue besetzte Stellungen ein.

Bei Lemberg dauern die hartnäckigen Kämpfe an.

Im Krimggebiet örtliche Erkundungstätigkeit. Nach ergänzenden Meldungen aus dem Kaukasus haben sich an der Küste des Asowschen Meeres die letzten Ueberreste der von uns fast völlig vernichteten Truppen des Generals Wrangel unter dem Schutz englischer Kriegsschiffe zu retten versucht.

Nach englischen Meldungen hat die neue russische Offensive gegen die Polen begonnen, die bei Brest-Litovsk in zwei Tagen 15 Werst zurückgegangen sein sollen.

### Bevorstehende rumänisch-russische Verhandlungen

BU. Bukarest, 11. September.

Der rumänische Ministerpräsident General Averescu sandte an Tschitscherin, den Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten in Moskau, folgendes Telegramm: „Die rumänische Regierung erklärt in Beantwortung Ihrer Depesche vom 20. August ihre Bereitwilligkeit, die Jahrhunderte alten Beziehungen der Nachbarschaft zwischen Rumänien und Russland wieder aufzunehmen zu wollen. Sie ist demzufolge bereit, mit der Räteregierung die Modalitäten, die zur Wiederaufnahme der Beziehungen führen sollen, zu besprechen und wünscht, daß eine diesbezügliche Vereinbarung getroffen wird.“

## Räte und Gewerkschaften in der dritten Internationale

Von Richard Seidel.

Die Anhänger des Anschlusses an die 3. Internationale unter den vorliegenden Bedingungen führen ihren Kampf, indem sie der korrekten und eindeutigen Fragestellung ausweichen und die Konsequenzen der Annahme der Statuten, Leitfäden und Anschließbedingungen von Moskau zu leugnen oder zu vertuschen suchen. Richard Müller, der von jeder in Wort und Schrift eine gewisse polemische „Geschicklichkeit“ mit Erfolg und Auszeichnung pflegte, der große Worte stets gelassen aussprach, ist trefflich vorbereitet, diese Methode der für Moskau plädierenden Genossen zu handhaben. Diesmal aber hat er sich selbst übertriften. Er schreibt einen langen Artikel gegen mich, ohne auch nur mit einem Gedanken ernsthaft auf meine Beweisführung und Begründung meiner Meinung einzugehen.

Ueber meinen Hinweis darauf, daß sich die bisher mit so starkem Nachdruck geforderte Selbständigkeit der Räteorganisation durch die Durchführung der Moskauer Bedingungen in eine Abhängigkeit dritten oder vierten Grades verwandeln würde, schlüpft er gewandt hinweg mit der Bemerkung, ich „verdrehe“ seine und seiner engeren Freunde Grundsätze, und er könne sich nicht auf eine Richtigstellung meiner Behauptung beschränken, sondern müsse die von mir bekämpften Beschlüsse der 3. Internationale berücksichtigen, „woraus sich auch unsere bisherige Haltung in der Rätefrage richtig beurteilen läßt“.

Er erklärt aber nicht unumwunden, ob es bei dieser „bisherigen Haltung“, d. h. bei der Forderung der Selbständigkeit und gar der Priorität der Räte über Partei und Gewerkschaften bleibt, und er sagt noch weniger, ob sie aufgegeben werden soll. Darüber bleibt der Leser im unklaren.

Dafür erklärt Müller die von mir zitierte These der Leitfäden über „Kommunistische Partei und proletarische Revolution“, die das Fundament für die Diktatur der Parteileitung ist, für einen Popanz. Es sei klar, daß die Kommunistische Partei nur den „lebendigen Geist“ in allen Formen der proletarischen Organisationen bilden solle. Das stimme ganz überein mit unserem Aktionsprogramm, worin es ebenfalls heiße, die Partei müsse der Arbeiterbewegung Inhalt, Richtung und Ziel geben. Wir, die Gegner des Anschlusses, wollten nur „den Glauben erwecken“, als wolle das Exekutivkomitee die Räteorganisation und die Gewerkschaften organisatorisch beherrschen. Meint Müller.

Wenn der Passus 8, der die Absicht der organisatorischen Unterordnung aller Organisationen unter die Partei deutlich genug erkennen läßt, ein „Popanz“ ist, so sind die Dokumente von Moskau reich an solchen harmlosen Gespenstern. Ich werde mich einer neuen „tendenziösen Entstellung“ schuldig machen und gleichzeitig den von Müller ein wenig „aus dem Zusammenhang gerissenen“ Satz vom lebendigen Geist etwas ergänzen, indem ich mir gestatte, auf einige andere „Popanze“ ganz ähnlicher Art aufmerksam zu machen. Der Passus 5 der gleichen Leitfäden spricht davon, daß der proletarische Klassenkampf, als politischer Kampf, von der kommunistischen Partei geführt werden müsse. Danach heißt es:

„Derselbe Klassenkampf erfordert gleichfalls die zentrale Zusammenfassung und die gemeinsame Leitung der verschiedenartigen Formen der proletarischen Bewegung (Gewerkschaften, Konsumvereine, Betriebsräte, Bildungsarbeit, Wahlen und dergl.).“

Ein derartiges zusammenfassendes und leitendes Zentrum vermag nur eine politische Partei zu sein.“

Weiter empfiehlt es sich, den mehrfach erwähnten Passus 8 zu Ende zu lesen. Dort wird die Idee der R. A. P. D. die Partei habe sich den Räten anzupassen, als grundfalsch und reaktionär bezeichnet. Darauf wird folgende Erläuterung über das Verhältnis der Partei zu den Räten gegeben:

„Damit die Sowjets ihren geschichtlichen Aufgaben gerecht zu werden vermögen, ist im Gegenteil das Bestehen einer dezidiert kämpfenden kommunistischen Partei insofern notwendig, daß sie sich nicht einfach den Sowjets „anpaßt“, sondern daß sie in der Lage wäre, diese selbst zu veranlassen, der „Anpassung“ an die Bourgeoisie und die weigardistische Sozialdemokratie zu entsagen, daß sie vermittels der kommunistischen Fraktionen der Sowjets ins Stande wäre, die Sowjets ins Schlepptau der kommunistischen Partei zu nehmen.“

Also „ins Schlepptau nehmen“. Das ist allerlei. Ich möchte wissen, was von der von Müller und seinen Freunden bisher verbreiteten Lehre von der Selbständigkeit und Bedeutung der Räte danach noch übrig bleibt. Bisher haben sie als Räte oftmals Reklung gezeigt, die Partei „ins Schlepptau zu nehmen“. Oder etwa nicht?

Nun könnte man sich eine zentrale Zusammenfassung und gemeinsame Leitung immerhin noch vorstellen und unter Umständen auch gefallen lassen. Sie ist in gewissen Formen sehr wohl möglich und in manchen Situationen unumgänglich. Auch in Deutschland haben wir eben durch zentrale Zusammenfassung eine gemeinsame Leitung zur Durchführung des Boykotts gegen Polen ge-

bildet. Sie besteht in den von den Gewerkschaften, Betriebsräten und Parteien gemeinsam besetzten Kommissionen.

Aber man muß wissen, wie sich die kommunistische Internationale diesen Apparat denkt. Ich muß abermals „tendenziös entstellen“, indem ich den Absatz 14 der Statuten der „Kommunistischen Internationale“ zitiere, der folgendes sagt:

„Die auf dem Boden des Kommunismus stehenden, im internationalen Maßstab unter der Leitung der Kommunistischen Internationale zusammengeschlossenen Gewerkschaften bilden eine Gewerkschaftsaktion der Kommunistischen Internationale. Diese Gewerkschaften delegieren ihre Vertreter zu den Weltkongressen der Kommunistischen Internationale durch die kommunistischen Parteien der betreffenden Länder. Die Gewerkschaftsaktion der Kommunistischen Internationale entsendet einen Vertreter in das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale mit beschließender Stimme. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat das Recht, einen Vertreter mit beschließender Stimme in die Gewerkschaftsaktion der Kommunistischen Internationale zu entsenden.“

Damit kommen wir auf die Gewerkschaftsfrage. Die der Moskauer Internationale angeschlossenen Gewerkschaften bilden — alle zusammen — eine ganze Sektion der Kommunistischen Internationale. Das heißt, sie spielen im Rahmen der ganzen Bewegung die Rolle, die jetzt unserer Partei zugedacht wird. Sie geben jede Selbständigkeit und jedes Eigenleben preis. Ja, die Unterordnung der Gewerkschaften unter das Exekutivkomitee, dessen entscheidendes Übergewicht wohl genügend nachgewiesen ist, wird noch stärker betont als bei den anderen Sektionen der Internationale, denn sie nehmen Einfluß auf den Weltkongress nur auf dem Wege über die kommunistische Partei ihres Landes, die den gewerkschaftlichen Delegierten bestimmt. Und im Exekutivkomitee sind die Gewerkschaften mit einer einzigen Stimme vertreten.

Dafür aber sind sie bindend verpflichtet, die Beschlüsse des Exekutivkomitees durchzuführen und die internationale Vereinigung der roten Gewerkschaften zu unterstützen, wie es in der zehnten These der „Bedingungen zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale“ heißt, die so lautet:

Jede der kommunistischen Internationale angehörende Partei ist verpflichtet, einen härtesten Kampf gegen die Amsterdamer „Internationale“ der gelben Gewerkschaftsverbände zu führen. Sie müssen unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Notwendigkeit des Bruches mit der Amsterdamer Internationale nachdrücklich propagieren. Mit allen Mitteln hat sie die entstehende internationale Vereinigung der roten Gewerkschaften, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen, zu unterstützen.

Den zum internationalen Metallarbeiterkongress nach Kopenhagen abreisenden russischen Metallarbeitern wurde vom Exekutivkomitee die Anweisung mit auf den Weg gegeben, den in der zehnten These geforderten Bruch mit der Amsterdamer Internationale auf alle Fälle herbeizuführen und möglichst einen Teil der Verbände von der Amsterdamer Internationale abzuspalten, wie ein Bericht der „Zvezditsa“ vom 10. August erzählt.

Müller behauptet trotzdem, die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung sei nicht beabsichtigt. Er beruft sich auf die Anordnung, die Kommunisten hätten in den Gewerkschaften zu verbleiben, die auch ich in meinem ersten Artikel nicht verschwiegen habe. Er verspricht uns ferner, er werde uns noch seine Meinung darüber sagen, „unter welchen Voraussetzungen die 3. Internationale einer Spaltung der Gewerkschaften zustimmt und ob diese Forderung ihre Berechtigung hat.“ Darauf kann man gespannt sein. Zunächst aber darf wohl, ohne ein Gutachten vom Genossen Müller abzuwarten, festgestellt werden, daß die Leitlinie und die offiziellen Organe der dritten Internationale selbst nicht leugnen, daß die Spaltung der Amsterdamer Internationale ihr Ziel ist, wie man denn überhaupt von ihnen sagen muß, daß sie in allen Dingen ehrlicher und mutiger sind als ihre deutschen Interpreten. Die Aufgabe der in den Gewerkschaften zu bildenden kommunistischen Zellen ist es also, die Verbände von ihren großen und einheitslichen internationalen Verbindungen, die sie bitter nötig haben, loszulösen, sie einer internationalen Vereinigung zuzuführen, die noch lange eine Verbindung von bedeutungslosen Mandarinen sein wird, und sie dem Kommando des Exekutivkomitees in Moskau zu unterstellen. Muß das nicht zu schweren und zerrüttenden inneren Kämpfen in der Bewegung führen? Meint etwa jemand, die Verbände wären imstande, diese Krisis zu überstehen? Oder glaubt Müller, die Gewerkschaften würden sich eine Propaganda, die den Zweck hat, die Bewegung auf einen für die Gewerkschaften gangbaren Weg zu führen, ruhig und mit Geduld gefallen lassen? Ich bin überzeugt, daß ein Vorgehen der Zentralverbände gegen eine solche Opposition gar nicht mehr aufzuhalten wäre, und dann wäre die Spaltung gegeben und nach den Leitlinien der Kommunistischen Internationale auch geboten und erlaubt. Gegen die bisherige Opposition in den Gewerkschaften, der ich mit Vergnügen manche Waffe geliefert habe, war ein solches Vorgehen nicht möglich, weil sie sich anderer Methoden bediente, die die Gewerkschaften nicht an ihrem Lebensnerv, nämlich an ihrer taktischen Unabhängigkeit zu treffen suchten.

Mit macht Müller den Vorwurf, ich erweise der Arbeiterbewegung keinen guten Dienst, indem ich auf diese Gefahren hinweise. Glaubst er der Bewegung einen besseren Dienst zu leisten, indem er die Konsequenzen der Anwendung der kommunistischen Methoden in den Gewerkschaften zu vertuschen und die Arbeiter zu täuschen sucht?

## Die Erhöhung der Brottration beschlossen

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichs, tags 2. führte gestern die Beratung der Anträge über die Getreidebewirtschaftung zu Ende. Der Vertreter der Reichsgetreidekasse gab einen Überblick über die Versorgung im laufenden Wirtschaftsjahr, aus dem hervorging, daß selbst bei der jetzigen Nation ein Defizit von fast 2 Millionen Tonnen Brotgetreide zu verzeichnen ist, das durch ausländische Einfuhren gedeckt werden muß. Trotzdem wurde beschlossen, die Ausmahlungsquote des Brotgetreides auf 85% herabzusetzen und höchstens 10% Strohmittel zu verwenden. Ferner wurde die Entschlüsselung der Unabhängigen angenommen, in der die Regierung ersucht wird, vom 15. September ab die tägliche Brottration auf 260 Gramm zu erhöhen. Außerdem wurde beschlossen, die Regierung zu ersuchen, das Auslandsgetreide so zu verbilligen, daß die bisherigen Höchstpreise beibehalten werden können. Eine höhere Zuteilung von Getreide an die Wasserwerke fand ebenfalls eine Mehrheit.

Die Regierung hatte sich gegen die Erhöhung der Brottration ausgesprochen. Trotz des außerordentlich ungünstigen Standes der Brotversorgung, auf den wir in anderem Zusammenhang noch zurück-

kommen werden, erwarten wir aber, daß sie den Beschluß des Volkswirtschaftlichen Ausschusses ausführt. Es ist dringend notwendig, daß insbesondere die arbeitende Bevölkerung zwecks Steigerung ihrer Arbeitsfähigkeit die Möglichkeit erhält, eine ausreichende Menge von Brot zu erhalten.

## Agrarischer Sieg

### Die freie Fleischwirtschaft beschlossen

Trotzdem die Erfahrungen der letzten Wochen gezeigt haben, daß die freie Fleischwirtschaft überall zu einer erheblichen Preissteigerung geführt hat und die Gefahr der Verfüllung von Brotgetreide und die Gefährdung der Milchversorgung der Großstädte sowie Preissteigerungen für Milch nach sich ziehen muß, ist gestern im volkswirtschaftlichen Ausschuss mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die der sozialdemokratischen die Verordnung für die freie Fleischwirtschaft angenommen worden.

Alle Darlegungen, insbesondere die, daß die Voraussetzung, an die seinerzeit der Ausschuss die Einführung der freien Wirtschaft für Fleisch geknüpft hatte — die Sicherung von 2 Millionen Tonnen Brotgetreide — nicht erreicht sei, blieben unberücksichtigt. Die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses war unter allen Umständen entschlossen, mit den Fesseln, die dem Gewinnstreben der Landwirte gezogen sind, ein Ende zu machen, und das Ernährungsministerium hat weder den Willen noch die Kraft, sich dem zu widersetzen. Zwar machte der deutschnationalen Abgeordnete Schiele im Ausschuss die Mitteilung, daß zwischen den drei größten Verbänden der Landwirte und Fleischer ein Übereinkommen abgeschlossen sei, nach welchem den Verbrauchern ein Preis für Rindfleisch von 10,50 M. das Pfund und für Schweinefleisch von 12—15 M. das Pfund auch nach Aufhebung der Zwangswirtschaft garantiert werden solle. Aber erstens sind diese Preise doch noch höher als die jetzt geltenden, und zweitens wird die nächste Zukunft bereits zeigen, daß diese freiwillige Vereinbarung wohl kaum gehalten wird.

Mit dem Beschluß des volkswirtschaftlichen Ausschusses aber ist die Frage noch nicht erledigt. Die unabhängigen Vertreter im Ausschuss haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß es ihnen als unverantwortlich erscheint, daß ein so schwerwiegender Beschluß von dieser kleinen Körperschaft gefaßt wird. Das Plenum des Reichstages muß sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen, damit die Massen der Bevölkerung von dieser Stelle aus erfahren, welche Gefahren ihnen aus diesem Beschluß erwachsen. Die unabhängige Fraktion des Reichstages wird deshalb die Aufhebung dieser Verordnung beim Plenum des Reichstages beantragen.

Der Antrag der bürgerlichen Parteien auf Erhöhung des Preises für Hafer und Gerste und Verlängerung und Erhöhung der Frühdruschprämie ist vom volkswirtschaftlichen Ausschuss abgelehnt worden. Die Zentrumsvertreter hatten den Termin auf Verlängerung der Frühdruschprämie bis 1. Januar abgeändert und beantragt, ihn durch den 13. Oktober zu ersetzen. Da dies den Deutschnationalen nicht weit genug ging, während die Sozialdemokraten und die Unabhängigen grundsätzlich gegen jede Verlängerung der Frühdruschprämie waren, erzielte der Antrag keine Mehrheit. Die Landesregierungen haben daher, wie der Ernährungsminister Hermes erklärte, von sich aus die Möglichkeit, die Frühdruschprämie um vier Wochen zu verlängern.

## Die verhinderte Einfuhr der Milchkuhe

Wie gestern durch die Presse gemeldet wurde, hat das Ernährungsministerium endlich am Freitag beschlossen, die Einfuhr der zunächst angebotenen 2500 Milchkuhe freizugeben. Es war höchste Zeit, daß dieser Beschluß erfolgt ist, auf den, wie wir nachträglich erfahren haben, auch gewisse amtliche Stellen beim Ernährungsministerium hingearbeitet haben, allerdings lange ohne Erfolg. Im Ernährungsministerium herrscht eben ein durchwegs agrarischer Geist, der eine Beeinträchtigung seiner Interessen durch diese Einfuhr befürchtete.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages richteten am Sonnabend einige bürgerliche Abgeordnete, insbesondere der Zentrumsabgeordnete Altesotto, der sich als einer der schärfsten Vertreter agrarischer Anschauungen entpuppt hat, Angriffe gegen die „Freiheit“, weil sie das agrarische Interesse an der Verhinderung der Milchkuhe-Einfuhr festgenagelt hatte. Auch ein Beweis dafür, wie unangenehm es den Herren ist, daß die Motive ihres Handelns der Öffentlichkeit dargelegt worden sind. Der unabhängige Antrag, der das Verhalten des Ministeriums mißbilligte, wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen abgelehnt. Die bürgerliche Mehrheit dagegen billigte in einer Entschließung die von dem Minister getroffenen Maßnahmen zur Durchführung des Transportes.

Trotzdem bleibt bestehen, daß das Verhalten des Ministeriums in dieser Frage sehr wenig einwandfrei war und erst des Druckes der Öffentlichkeit bedurft hatte, um es dazu zu bewegen, eine der Bedeutung der Sache und dem Interesse der Allgemeinheit entsprechende Haltung einzunehmen.

Das Reichsernährungsministerium verbreitet eine längere Darstellung, in der es sich gegenüber den Angriffen der Rechtssozialisten und Unabhängigen wegen der Einfuhr der Milchkuhe rechtfertigt. In dieser Darstellung wird ausführlich das Zustandekommen und der Abschluß des Milchkuhe-Angebots, das von der American Dairy Cattle Co. in Chicago ausging, dargestellt. Gegenüber verschiedenen bürgerlichen Pressemeldungen bestätigt das Reichsernährungsministerium, daß Gewerkschaftsführer an den Verhandlungen nicht teilgenommen haben. Von 100 000 Kühen sei nicht im entferntesten die Rede gewesen. Das Reichsministerium versichert zum Schluß, daß es alles tun werde, um das Liebeswerk amerikanischer Freunde zur Durchführung zu bringen.

## Die Entwaffnung Deutschlands

11. London, 11. September.

Aus dem letzten Bericht der internationalen Kontrollkommission in Deutschland ergibt sich, daß die Ablieferung und Vernichtung der deutschen Waffen entsprechend den Bestimmungen des Friedensvertrages einen günstigen Verlauf nimmt. Vor einer Woche sind noch 6000 Geschütze vernichtet worden. Bei der Schnelligkeit, mit der die Vernichtung jetzt stattfindet, wird Deutschland bis Anfang November nur noch über die Anzahl Geschütze verfügen, die es entsprechend dem Vertrage von Versailles haben darf.

## Verhandlungen über den Korridor

11. Berlin, 11. September.

Nach einer Mitteilung des Generalsekretariats der Friedenskonferenz in Polen bereitet die Verhandlung über den Korridor am 16. d. M. zu beginnen. Da aber der französische Vorsitzende der Kommission durch andere dienstliche Verpflichtungen während des laufenden Monats verhindert ist, an den Verhandlungen teilzunehmen, können diese erst am 1. Oktober d. J. in Paris beginnen.

## Aufbruchprozesse in Oberschlesien

11. Kattowitz, 11. September.

W. T. S. meldet: Vor dem außerordentlichen Interalliierten Gericht für Kattowitz Stadt und Land wurden in den letzten Tagen eine Reihe von Aufbruchprozessen verhandelt. Ein Angeklagter erhielt fünfzehn Jahre Zuchthaus, weil aus seiner Wohnung auf französische Truppen geschossen worden war. Weiter wurde von dem Gericht erkannt wegen Teilnahme an Aufbruch mit Waffen auf zwei Jahre Gefängnis, wegen Willkür auf zwei Jahre Zuchthaus, wegen des Besitzes geraubter Gegenstände auf sechs Monate, wegen Uebertretens des Waffenverbotes auf vier Monate und wegen Vagabondierens auf ein Jahr Gefängnis.

## Die Metallarbeiterbewegung in Italien

Von einem italienischen Genossen wird uns geschrieben:

Man kann noch keine Voraussetzungen über die Resultate des Kampfes machen, in den die italienischen Metallarbeiter augenblicklich verwickelt sind. Aber eines steht bereits fest, daß die italienischen Arbeiter den Versuch gemacht haben, im Abwehrkampf gegen die Industriellen eine neue Kampfmethode in Anwendung zu bringen.

Die Befehung der Fabriken durch die Arbeiter zeigt, daß es nicht gewillt waren, sich den brutalen Auspeerrungsmethoden der Unternehmer zu beugen. Als Antwort auf die Forderungen, die die Arbeiter stellten, hatten die Großindustriellen die Fabriken geschlossen und die Produktion lahmgelegt. Man wollte eine halbe Million Arbeiter aufs Pflaster werfen, d. h. mindestens zwei Millionen Menschen der Not überantworten. Alle weiteren Ereignisse waren die Folge dieses Vorgehens der Unternehmer.

Der Krieg ist das goldene Zeitalter auch für die Metallindustrie in Italien gewesen. Die Stinnes, Krupp, Daimler usw. gibt es nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt. Auch Italien hat seine Häufische, die Terni, Ansaldo, Itala, Fiat, Breda usw. Wenn das Volk während des Krieges gelitten hat — und es leidet immer noch — haben diese Herren an den wahren Preisen für die Kriegsmaschinen, die sie dem „Vaterlande“ abnahmen, Millionen über Millionen verdient.

Der kapitalistische Konzentrationsprozeß hat sich in Italien, besonders in der Metallindustrie, mit riesiger Schnelligkeit vollzogen. Das Gesetz verbot den industriellen Werken, ihren Aktionären mehr als 8 Prozent zu zahlen; man hat ihnen die großen Gewinne in der Form von neuen Gratisaktien zugeführt. Das Betriebskapital hat sich durch die riesigen Kriegsgewinne stark erhöht. Die Ansaldo- und Itawerke haben jedes ein Kapital von 5 Millionen Lire. Alle anderen industriellen Werke haben ihr Betriebskapital im gleichen Verhältnis um den Fünftel bis Zehnfachen erhöht; sie haben sich der großen Banken bemächtigt, haben Zehntungen aufgekauft, ganz wie in Deutschland!

Aber der Krieg, der Millionen von Arbeitern für die Interessen des internationalen Kapitalismus sterben ließ, nahm schließlich ein Ende, und dieses Ende bedeutete das Ende der hohen Gewinne in der Kriegsindustrie. Jetzt mußte für die Friedensbedürfnisse gearbeitet werden.

Die Friedenswirtschaft brachte die Umformung der Kriegsindustrie mit sich, die Käufer fragten nach den Preisen, die ausländische Konkurrenz machte ihren Einfluß geltend und die Arbeiter, die nun Ellenbogenfreiheit für ihren Klassenkampf hatten, forderten höhere Löhne, die schon wegen der enorm gestiegenen Lebensmittelpreise eine unabwendbare Notwendigkeit waren. Dieser neuen Lage wollten die Unternehmer nicht Rechnung tragen. Da die Forderungen der Arbeiter eine Verringerung des Gewinnes bedeuteten, zogen es die Metallindustriellen vor, die Fabriken zu schließen. Die Kassen der Arbeiterorganisationen, so faktualisiert sie, werden bald leer sein, während die Aktionäre den Kampf noch lange aushalten können. Doch diese Spekulationen sind durch die Arbeiter über den Haufen gemorren worden.

Die Arbeiterklasse Italiens verfolgt die Metallarbeiterbewegung mit der größten Begeisterung. Die Kontrolle über die Produktion als Etappe für die Sozialisierung der Industrie — das ist das gemeinsame Ziel der Gewerkschaften und der sozialistischen Partei. Die Arbeiterschaft in Stadt und Land ist, wie alle Ereignisse der letzten Wochen zeigen, bereit, für dieses Ziel unter Aufbietung ihrer ganzen Kraft zu kämpfen. Das ist die wichtigste Lehre, die wir schon heute aus den Vorgängen in Italien ziehen können.

11. Rom, 11. September.

Der Beschluß des Friedens in der Metallindustrie verzögert sich, weil die Arbeiter neuerdings auch eine Kontrolle in den Fabriken durch Betriebsräte fordern, was die Industriellen ablehnen.

Die katholische Fraktion beschloß, in der Kammer einen Antrag einzubringen, die Arbeiterschaft durch Gewährung von Aktien und Betriebskontrolle zu Teilnehmern an Besitz und an der Leitung der Industrie zu machen.

## Weitere Befehung von Betrieben

11. Mailand, 11. September. (Stefani.)

Aus der Tatsache, daß der Ausschuss des Allgemeinen Arbeiterbundes bis in die frühen Morgenstunden die verschiedenen Vorschläge zur Lösung der Krise erörterte, schließt „L'Avvenire“, daß Hoffnung auf Beilegung der Streikbewegung besteht.

22 Schuhfabriken sind gestern von den Arbeitern besetzt worden, um zu verhindern, daß die Besitzer der Betriebe Rohmaterialien beiseite schaffen. Das Gleiche ist in ungefähr 200 chemischen Betrieben durchgeführt.

## Der Konflikt im englischen Bergbau

11. London, 11. September.

Der Gewerkschaftskongress ist beendet worden, ohne daß noch ein Versuch unternommen wurde, um die Riß zwischen der Regierung und den Grubenarbeitern zu überbrücken. Der Vorsitzende Thomas sagte, daß die Grubenarbeiter nicht neues zu sagen hätten und daß die Beratungen des Kongresses die Anwesenheit doch nicht mehr zu einer Lösung bringen werden. Obwohl man darüber eintauscht ist, daß die Besprechungen zwischen der Regierung und den Grubenarbeitern keine Ergebnisse gehabt haben, ist man allgemein der Auffassung, daß die Unterhandlungen in irgend einer Weise vor dem 25. September, dem Zeitpunkt für die Proklamierung des Streiks, wieder aufgenommen werden dürften, da man bis dahin noch 14 Tage Zeit für Unterhandlungen hat.

## Solidarität der Eisenbahner

11. London, 11. September.

Bei einer Versammlung der Eisenbahner erklärte der Sekretär des Eisenbahnerverbandes, die Eisenbahner würden den Bergarbeitern in ihrem Kampfe beistehen.

Aufhebung des Ausnahmezustandes in der Provinz Sachsen. Die Pressestelle des Oberpräsidiums teilt mit, daß der Ausnahmezustand in der Provinz Sachsen durch eine Verordnung des Reichspräsidenten mit dem 8. September aufgehoben worden sei.

Rechtssozialistischer Landrat. Der Kreistag Alfeld (Hannover) wählte den Rechtssozialisten Boushausen zum Landrat.

# Die Beschlüsse der Dritten Internationale

## Leitsätze über die Agrarfrage

1. Nur das von der kommunistischen Partei geführte städtische und industrielle Proletariat vermag die werttätigen Massen des ländlichen Landes vom Joche des Kapitals und des Großindustriebesizers zu befreien, vor dem Verfall und vor imperialistischen Kriegen zu bewahren, die bei Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems stets und ständig unermesslich sind. Die werttätigen Massen auf dem Lande können nicht anders als im Bunde mit dem kommunistischen Proletariat, in der rücksichtslosen Unterdrückung seines revolutionären Kampfes zum Sturz des Joches der Junker (Großgrundbesitzer) und der Bourgeoisie, ihre Rettung finden. Andererseits können die Industriearbeiter ihrer weltgeschichtlichen Aufgabe der Befreiung der Menschheit vom Joche des Kapitals und von Kriegen nicht nachkommen, wenn diese Arbeiter sich in den Kreis von jüdischen, engewerkschaftlichen Interessen einschließen und wenn sie sich selbstgefällig auf die Bemühungen um Verbesserungen ihrer mitunter leidlichen — kleinbürgerlichen Lage beschränken. Aber gerade so ist es in vielen fortgeschrittenen Ländern um die „Arbeiteraristokratie“ bestellt, welche die Grundlage der angeblich sozialistischen Parteien der zweiten Internationale bildet, in Wirklichkeit aber den schlimmsten Feind des Sozialismus, seine Verräter, kleinbürgerliche Hurrapatrioten und Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung bildet. Eine wirklich revolutionäre, eine wirklich sozialistisch handelnde Klasse ist das Proletariat nur unter der Bedingung, daß es als Vortrupp aller Werttätigen und Ausgebeuteten, als ihr Führer im Kampfe um den Sturz der Ausbeuter auftritt und handelt. Dies ist jedoch undurchführbar ohne die Überwindung des Klassenkampfes auf das Land, ohne die Erziehung des ländlichen Proletariats durch das städtische.

2. Die werttätigen und ausgebeuteten Massen des ländlichen Landes, die das städtische Proletariat in den Kampf führen oder jedenfalls auf seine Seite ziehen muß, sind in den kapitalistischen Ländern durch folgende Gruppen vertreten:

Erstens: Durch das landwirtschaftliche Proletariat, die Lohnarbeiter (Saison-Wander-Arbeiter und Tagelöhner), die ihren Lebensunterhalt durch Lohnarbeit in den landwirtschaftlichen und Forst-Unternehmungen fristen. Die selbständige, von den übrigen Gruppen der Landbevölkerung getrennte Organisation dieser Klasse einschließlich der Forstarbeiter, Gutslandwirter usw. (politische wie militärische, gewerkschaftliche, genossenschaftliche Organisation, desgleichen für Bildungswecken usw.) eine gesteigerte Propaganda und Agitation unter dieser Gruppe und das Hinüberziehen dieser Gruppe auf die Seite der Sowjetmacht und der Diktatur des Proletariats — das ist die grundlegende Aufgabe der kommunistischen Parteien in allen Ländern.

Zweitens: Durch die Halbproletarier oder die Parzellenbauern, d. h. durch diejenigen, die ihren Lebensunterhalt teils durch Lohnarbeit in landwirtschaftlichen, industriellen und kapitalistischen Unternehmungen und teils dadurch finden, daß sie sich auf ihrem eigenen oder einem gepachteten Flecken Land abmühen, das nur einen Teil der für ihre Familie notwendigen Lebensmittel abgibt, diese Gruppe der werttätigen ländlichen Bevölkerung ist in allen kapitalistischen Ländern überaus zahlreich, ihre Existenz und ihre besondere Lage wird aber von den Vertretern der Bourgeoisie ihre besondere Lage wird aber von den Vertretern der Bourgeoisie und den zur zweiten Internationale gehörigen Sozialisten verkannt. Das geschieht zum Teil bewußt, um die Arbeiter irrezuführen, zum Teil infolge der gewöhnlichen, spekulierenden Anschauungen, die diese Gruppe mit der Masse der Bauernschaft im allgemeinen verwechselt. Diese Methode der bürgerlichen Irreführung der Arbeiter ist am meisten in Deutschland und den französischen Ländern. Bei richtiger Organisation der Arbeit der kommunistischen Partei kann diese Gruppe sichere Anhängerin der Partei werden, denn die Lage dieser Halbproletarier ist eine sehr schwere und der ihnen durch die Sowjetmacht und die Diktatur des Proletariats gebotene Vorteil ist groß und sofort wirksam.

In einigen Ländern ist die erste und zweite Gruppe nicht streng voneinander geschieden. Ihre gemeinsame Organisation ist daher unter besonderen Umständen zulässig.

Drittens: Die Kleinbauern, d. h. die Landwirte, die als Eigentümer oder Pächter kleiner Grundstücke die Bedürfnisse ihrer Familien und ihrer Wirtschaft gerade decken, ohne fremde Arbeitskraft zu mieten. Diese Schicht gewinnt unbedingt durch den Sturz des Proletariats, der ihr sofort und voll verschafft: a) Befreiung von der Zahlung des Pachtzinses oder eines Teils der Ernte (z. B. von den Metayers in Frankreich, ebenso in Italien usw.) an die Großgrundbesitzer; b) Befreiung von Hypothekenlasten, Kaufschillingen; c) Befreiung von den verschiedenartigen Formen des Joches der Abhängigkeit von den Großgrundbesitzern (Wald- und Weidenbenutzung usw.); d) die sofortige Hilfe für ihre Wirtschaft durch die proletarische Staatsmacht. (Die Möglichkeit, landwirtschaftliche Geräte und einen Teil der Gebäude der durch das Proletariat enteigneten großkapitalistischen Wirtschaften zu benutzen; die sofortige Umwandlung der Konsum- und landwirtschaftlichen Genossenschaften durch die proletarische Staatsmacht aus Organisationen, die unter dem Kapitalismus am meisten den reichen und mittleren Bauern gedient haben, in Organisationen, die in erster Linie den Armen, d. h. den Proletariern, Halbproletariern und Kleinbauern helfen, usw.)

Zu gleicher Zeit muß sich die kommunistische Partei dessen bewußt sein, daß in der Übergangszeit vom Kapitalismus zum Kommunismus, d. h. während der Dauer der Diktatur des Proletariats in dieser Schicht wenigstens zum Teil Schwankungen der Seite der völligen Handelsfreiheit und des freien Verkehrs über den Privatbesitz unvermeidlich sind. Denn diese Schicht, die wenn auch nur in geringem Maße als Verkäufer von Lebensmitteln auftritt, ist durch Spekulations- und Eigentümergewohnheiten demoralisiert. Bei fester proletarischer Volkstümlichkeit und entschlossener Abrechnung des feigen Proletariats mit den Großgrundbesitzern und Großbauern können jedoch die Schwankungen dieser Schicht nicht bedeutend sein. Sie sind auch nicht imstande, etwas an der Tatsache zu ändern, daß die Kleinbauern im großen und ganzen nicht Gegner der proletarischen Umwälzung sein werden.

3. Die drei obengenannten Gruppen, der ländlichen Bevölkerung zusammengekommen, bilden in allen Ländern die Mehrheit. Daher ist der Enderfolg der proletarischen Umwälzung nicht nur für die Städte, sondern auch für das ländliche Land gesichert. Die entgegengelegte Meinung ist weit verbreitet. Sie hält sich aber nur erstens durch den systematischen Betrug der bürgerlichen Wissenschaft und Statistik, die mit allen Mitteln den tiefen Abgrund zwischen den genannten Schichten des ländlichen Landes und den Ausbeutern, den Grundbesitzern und Kapitalisten, wie auch zwischen den Halbproletariern und den Kleinbauern einerseits und den Großbauern andererseits vertuscht. Zweitens hindert die Kraft des Unvermögens und der Unlust der Heiden der II. Internationale und durch die imperialistischen Vorrechte der demoralisierten „Arbeiteraristokratie“, eine wirklich proletarische revolutionäre Propaganda, Agitations- und Organisationsarbeit unter der ländlichen werttätigen Bevölkerung zu führen. Die gesamte Aufmerksamkeit der Opportunisten war und ist auf die Erlangung einer theoretischen und praktischen Verständigung mit der Bourgeoisie einschließlich der großen und mittleren Bauernschaft gerichtet und nicht auf den revolutionären Sturz der bürgerlichen Regierung und der Bourgeoisie durch das Proletariat. Drittens hält sich diese falsche Meinung infolge eines hartnäckigen Vorurteils, das mit allen bürgerlich-demokratischen und parlamentarischen Vorurteilen zusammenhängt. Dieses Vorurteil wehrt sich gegen eine Wahrheit, die durch den theoretischen Marxismus durchaus bewiesen und durch die Erfahrung der proletarischen Revolution in Russland vollumfänglich bestätigt worden ist, nämlich daß gegen, daß mit Ausnahme der Landarbeiter, die schon jetzt zur Revolution stehen, die versplitterte, niedergedrückte und verschlechterte, in allen, selbst den fortgeschrittenen Ländern zu halbbarbarischer Lebensunterhaltung verurteilte Landbevölkerung der obengenannten Gruppen, die wirtschaftlich, sozial und kulturell am abgekommenen Gruppen, die wirtschaftlich, sozial und kulturell am abgekommenen Gruppen, die wirtschaftlich, sozial und kulturell am

tische Macht durch das Proletariat erobert worden ist, nachdem mit den Großgrundbesitzern und Kapitalisten entschieden abgerechnet worden ist und nachdem jene Schichten in der Praxis sehen, daß sie einen organisierten Führer und Verteidiger haben, der mächtig genug ist, ihnen zu helfen und sie auf den richtigen Weg zu leiten.

4. Unter mittlere Bauernschaft im wirtschaftlichen Sinne sind die kleinen Landwirte zu verstehen, d. h. Eigentümer oder Pächter kleiner Grundstücke, die unter dem Kapitalismus in der Regel nicht nur der Familie und der Wirtschaft Unterhalt gewähren, sondern auch einen kleinen Ueberschuß abgeben, der wenigstens in den günstigsten Jahren imstande ist, sich in Kapital zu verwandeln; auch sind diese Landwirte häufig in der Lage, fremde Arbeitskraft zu mieten. Als Beispiel der mittleren Bauernschaft in einem fortgeschrittenen kapitalistischen Lande kann in Deutschland laut Zählung des Jahres 1907 eine Gruppe mit Wirtschaften von 5—10 Hektar Land dienen, in denen die Zahl der beschäftigten landwirtschaftlichen Lohnarbeiter etwa ein Drittel der Anzahl der Wirtschaften dieser Gruppe beträgt. In Frankreich, wo Sonderkulturen (zum Beispiel Weinbau) betrieben werden, die einen besonderen großen Aufwand von Arbeit erfordern, benutzt diese Gruppe wahrscheinlich in noch größerem Umfange fremde, gemietete Lohnarbeiter.

Das revolutionäre Proletariat kann es sich, wenigstens für die

## An die Berliner Arbeiterschaft

Die Unterstützungskommission der Berliner Arbeiterschaft sieht sich genötigt darauf hinzuweisen, daß die Auffassung, daß durch die Unruhe eine völlige Entlastung der Unterstützungskommission eingetreten sei, irrig ist.

Eine große Anzahl der Inhaftierten schmachtet noch hinter Gefängnismauern und deren Familien leiden immer noch bittere Not.

Wir bitten daher, die Sammlungen nicht einzustellen, sondern, da zahlreiche Flüchtlinge vor dem ungarischen und polnischen weißen Schrecken Hilfe heischen, die Sammlungen rege weiter zu betreiben.

Die Unterstützungskommission der Berliner Arbeiterschaft.  
J. A. Adorf.

nächste Zukunft und für den Beginn der Periode der Diktatur des Proletariats, nicht zur Aufgabe machen, diese Schicht auf keine Seite zu ziehen. Es muß sich vielmehr auf die Aufgabe beschränken, sie zu neutralisieren, damit sie im Kampfe zwischen Proletariat und Bourgeoisie der letzteren keine aktive Hilfe leistet. Das Hin- und Herschwanzen dieser Schicht ist unvermeidlich und zu Beginn der neuen Epoche wird ihre vorliegende Tendenz in den kapitalistisch entwickelten Ländern zu Gunsten der Bourgeoisie ausfallen; denn die Weltanschauung und die Stimmungen der Eigentümer sind überwiegend privatkapitalistisch orientiert. Das feige Proletariat wird die Lage dieser Schicht durch Aufhebung des Pachtzinses und der Hypothekenschulden, durch Hergabe von Maschinen, Einführung der Elektrifizierung in landwirtschaftlichen Betrieben usw. verbessern. Die sofortige Aufhebung des Privateigentums durch die proletarische Macht kommt in den meisten kapitalistischen Staaten in Frage. Wohl aber wird die proletarische Staatsmacht die Aufhebung aller aus dem Privateigentum herrührenden Pflichten für diese Schicht durchführen. Auf jeden Fall garantiert die proletarische Macht der kleinen und mittleren Bauernschaft nicht nur, daß ihre Grundstücke ihnen erhalten bleiben, sondern daß sie auch in die gleiche bis dahin gepachtete Fläche vergewahrt werden (durch Aufhebung des Pachtzinses).

Die Vereinnahmung von Maßnahmen dieser Art mit dem konungslosen Kampfe gegen die Bourgeoisie garantiert den Erfolg der Neutralisierungspolitik. Den Übergang zum kollektiven landwirtschaftlichen Betrieb kann die proletarische Staatsmacht nur mit größter Vorsicht und allmählich, durch die Kraft des Beispiels, durch Hergabe von Maschinen, Einführung von technischen Verbesserungen (Elektrifizierung) ohne jede Gewalttat in der mittleren Bauernschaft durchführen.

(Fortsetzung folgt.)

## Die amtlichen Teuerungszahlen

Von Dr. A. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Die soeben bekanntgegebene allgemeine deutsche Teuerungstatistik hat eine schlechte Presse. Das ist sehr zu bedauern. Denn das Statistische Reichsamt, dessen wirtschaftliche Berichterstattung, und zwar nicht erst seit dem Kriege, sehr im argen lag, hat damit eine Statistik veröffentlicht, die den besten einschlägigen Untersuchungen des Auslands ebenbürtig an die Seite treten kann. Da nun die amtlichen Teuerungszahlen trotz aller Anfeindungen zweifellos bei künftigen Tarifverträgen, Schiedsprüchen usw. eine große Rolle spielen werden, ist es notwendig, daß sich die Beteiligten — und hierzu rechnen nicht nur die Unternehmer, Angestellten und Arbeiter, sondern sämtliche Verbraucher — rechtzeitig über die Bedeutung der Teuerungszahlen und die Einwände, die gegen ihre Verwertbarkeit erhoben worden sind, klar werden.

Die Teuerungszahl für Berlin betrug im April 1920: 91338. Das heißt: der vom Statistischen Reichsamt angenommene vierwöchentliche Bedarf einer fünfköpfigen Familie an Nahrungsmitteln, Brennstoffen, Leuchtstoffen und Wohnraum kostete in Berlin im April 1920: 91338 Mk. Als „Bedarf“ wurden für jede Gruppe von Bedürfnissen verschiedene gleichwertige „Normalrationen“ angesetzt. Bei der Berechnung der Teuerungszahl wurde dann für die einzelne Gemeinde die jeweilig billigste Normalration gewählt. Bei Brennstoffen gilt z. B. als Normalration: 3 Ztr. Steinkohlen oder 5 Ztr. Braunkohlen oder 4 Ztr. Braunkohlenbriketts oder 6 Ztr. Torf oder 5 Ztr. Brennholz oder 40 Kubikmeter Kochgas. Waren also in einer Gemeinde 4 Ztr. Braunkohlenbriketts billiger als die übrigen hier angegebenen Brennstoffstationen, so wurde bei der Berechnung der Teuerungszahl für diese Gemeinde der Preis von 4 Zentnern Braunkohlenbriketts zugrunde gelegt. Technisch wurde für Leuchtstoffe und auch für Nahrungsmittel Verfahren. So wurde die bei den großen örtlichen Verschiedenheiten von Angebot und Preislage gebotene Elastizität erreicht, ohne daß dadurch die dringend erwünschte interlokale Vergleichbarkeit der Teuerungszahlen gelitten hätte.

Gegen die Brauchbarkeit der Teuerungszahlen wird nun zunächst eingewendet, die zugrundegelegten Preise entsprächen nicht den Tatsachen. Die Mietpreise seien zu niedrig eingestellt, weil die Stadtverwaltungen bei ihren Angaben nicht berücksichtigt, daß in sehr vielen Fällen höhere Mieten gezahlt würden, als nach den Mietverordnungen zulässig sei. Andererseits seien für Nahrungsmittel zu hohe Schleichhandelspreise eingesetzt, weil nur die in der betreffenden Stadt gezahlten Preise, nicht aber die Preise berücksichtigt würden, die von den Stadtern auf dem Lande gezahlt werden. Daraus ist zu sagen: daß heute noch sehr viele Mieter mehr Miete zahlen, als sie verpflichtet sind, ist unwahrscheinlich; überdies würde selbst eine Festsetzung um 10 oder gar 20 Mk. monatlich für die Zwei-

zimmerwohnung die Teuerungszahl nur wenig beeinflussen. Daß viele Städte billige Bezugsquellen auf dem Lande haben, ist richtig. Das darf aber nicht dazu führen, die Fragestellung zu verschieben. Und diese Fragestellung lautet und darf nur lauten: Was kostet die Ware in der betreffenden Stadt?

Ein weiterer Einwand betrifft die „Normalrationen“. Eine Wohnung von zwei Zimmern und Küche (wie sie das Reichsamt durchweg zugrunde legt) sei für eine fünfköpfige Familie entschieden zu klein. Nun kann man sicherlich über die Angemessenheit der amtlichen Normalrationen verschiedener Meinung sein. Ich persönlich halte z. B. die Ration von Leuchtgas — 15 Kubikmeter — für viel zu niedrig und sehe bei meinen Berechnungen des Existenzminimums stets 24 Kubikmeter an. Auch gibt es glückliche Gemeinden, wie Hannover, in denen die meisten fünfköpfigen Familien mehr als zwei Zimmer und Küche bewohnen. Aber in Berlin z. B. ist es leider ganz üblich, daß solche Familien nur Stube und Küche haben. Wenn also auch nicht bestritten werden soll, daß die Normalrationen der amtlichen Statistik vielleicht in einzelnen Verbesserungsbedürftig sind, so ist doch sehr fraglich, ob jetzt Änderungen die ja den Vergleich mit den bisherigen Ergebnissen erschweren oder gar unmöglich machen würden, am Platze wären.

Drittens wird bemängelt, daß die Teuerungstatistik Kleider, Wäsche, Schuhe u. a. nicht umfaßt. Das ist tatsächlich eine sehr empfindliche Lücke. Nun wird zwar von einem anderen Kritiker erwidert: „Wenn man die Lebenshaltung der Massen in Deutschland statistisch erfassen will, hat man mit der Tatsache zu rechnen, daß sie nichts für Bekleidungsgegenstände ausgeben, oder so gut wie nichts, weil sie es nicht können, und daß sie ihr Einkommen ganz und gar für Nahrung, Wohnung, Beheizung und Beleuchtung verbrauchen. Wird der dafür unbedingt erforderliche Aufwand erhoben, so kann man ihn als das unter den heutigen Verhältnissen gebene Existenzminimum bezeichnen.“ Das ist aber eine ganz verfehlte Beweisführung. Zum Existenzminimum gehört die Ergänzung und Instandhaltung von Kleidern, Wäsche und Schuhen, auch wenn die Menschen, die damit noch halbwegs versehen sind, sehr Reueanschaffungen und Reparaturen ausschließen. Es gehört dazu weiter der notwendige Aufwand für Seife, Küchengefähr, Scheuerlappen, Streichhölzer, Straßenbahnfahrten, Säulbedarf, Gewerkschaftsbeiträge, soziale Versicherungen, Steuern usw. Deshalb genügt es auch nicht, wenn das Statistische Reichsamt die Teuerungstatistik nunmehr auf Bekleidungsgegenstände ausdehnen will. Nach meinen Schätzungen entfallen nach Einführung des Steuerabzugs z. B. in Groß-Berlin nur drei Viertel der Kosten des Existenzminimums auf Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung, ein volles Viertel aber auf alle sonstigen Ausgaben.

Ein vierter Vorwurf richtet sich gegen die verspätete Veröffentlichung der Teuerungszahlen, und dieser Vorwurf kann in der Tat nicht laut genug erhoben werden. Wenn die Ergebnisse für Dezember, Februar, März und April erst Ende August bekanntgegeben worden sind, so gibt es dafür keine triftige Entschuldigung. Die Gemeinden liefern den statistischen Landesämtern die erforderlichen Unterlagen stets schon wenige Tage nach Ablauf des Monats, und selbst das Preussische Statistische Landesamt, das bei der großen Zahl der ihm berichtenden Gemeinden hier mehr Arbeit zu leisten hat als alle übrigen Landesämter und das Reichsamt zusammengekommen, hat seine Teuerungszahlen immer schon wenige Wochen nach Ablauf des Monats errechnet. Daß diese Zahlen dann aber monatelang lagern, bevor sie vom Reich veröffentlicht werden, ist ein unhaltbarer Zustand.

Die Teuerungstatistik des Reichs ist also methodologisch durchaus befriedigend. Die Teuerungszahlen ermöglichen einen Vergleich des notwendigen Aufwands der Kinderheimstätten für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung in sämtlichen deutschen Gemeinden über 10 000 Einwohner. Zu fordern ist nur, daß die Zahlen künftig auch alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben umfassen, und daß sie allmonatlich und ohne jede Verzögerung veröffentlicht werden. Es ist richtig, wir werden auch dann noch nicht imstande sein, den „gerechten Lohn“ zu erkennen. Aber wir werden doch diesem Ziele, von dem wir heute noch so weit entfernt sind, wesentlich näherkommen können.

## Fortbestehen der Mieterschutzgesetzgebung

In der Presse wird vielfach die Besorgnis geäußert, daß die bestehende Mieterschutzgesetzgebung abgebaut und eine unbeschränkte Steigerung der Mieten zugelassen werden soll. Dies trifft, wie WTB. meldet, nicht zu. Eine behördliche Regelung der Mieten wird vielmehr noch lange notwendig sein. Es muß dafür gesorgt werden, daß auch in Zukunft eine Steigerung der Mieten nur insoweit zugelassen wird, als zur Deckung erhöhter Aufwendungen des Hausbesitzes für Ankoften und Reparaturen notwendig wird. Demgemäß bereitet das Reichsarbeitsministerium einen Gesetzentwurf vor, welcher die Bemessung der Mieten regelt und eine unbegrenzte Steigerung der Mieten, auch für die Zukunft, verhindert soll. Die Einigungsämter sollen auch in Zukunft bestehen bleiben und die Entscheidung über die Höhe der Mieten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen behalten.

**Tschechoslowakische Maschinenlieferungen für Sowjetrußland.** Die wirtschaftliche Mission Krassins hat soeben mit tschechoslowakischen Maschinenfabriken Verträge abgeschlossen über Lieferungen von landwirtschaftlichen Maschinen an Sowjetrußland abgeschlossen.

**Vom Diktator zum Herrscher.** Die Verkündung der italienischen Regentschaft in Quarnero erfolgte unter begeisterter Teilnahme der Bevölkerung. Nach einem feierlichen Akt wurde d'Annunzio von der Menge zum ersten Regenten der Stadt ausgerufen.

**Italienische Konsumvereinsfests in Rußland.** Ab 1. September werden in Kasan, Kopal und Odessa Filialen der italienischen Konsumvereine funktionieren, die verschiedene Gebiete von russisch-italienischen Handelsbeziehungen zu regeln haben.

**Neuwahlen in Griechenland.** Die griechische Kammer hat am Mittwoch ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Benizelos erklärte, die Kammer werde ihre Arbeiten wahrscheinlich in ungeänderter Zusammensetzung fortsetzen. Sie werde hierauf aufgelöst werden, wenn die Kammer beschließen sollte, die Kammer zu auflösen. Mit der Auflösung der Kammer sollen auch die Kriegsgesetze und die Justizverordnungen aufgehoben werden, so daß die Opposition in der Vorbereitung ihres Wahlkampfes völlig freie Hand haben wird.

**Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskaufschuk**  
5 Jahre schriftliche Garantie, Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.  
Spez.: Zähne ohne Gumen. Keine Luxusproben.  
**Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 14**

# Sehr billiges Angebot!

## Damen-Hüte

- Filzkappe mit farbiger Steppgarnierung ..... 46.50
- Filz-Gamin in vielen Farben ..... 49.50
- Flausch-Trotteur zweifärbig ..... 59.50
- Fesche Glocke aus Flauch-Trikot, zweifärbig ..... 69.00
- Samt-Toque mit farbigem Filzrand und Chenille-Stickerl ..... 79.00

## Kurzwaren

- Druckknöpfe gerant, rosifrei Dutzend 90 Pf.
- Zwirnknöpfe ..... Dutzend 75 Pf.
- Patent-Hosenknöpfe ..... Dutzend 50 Pf.
- Schuhsenkel ausgarn, ca. 100 cm lang Paar 1.45
- Haarnadeln gebogen, extra stark Paket 95 Pf.
- Haarnadeln lockert ..... Paket 35 Pf.
- Sicherheitsnadeln sortiert Meppe 75 Pf.
- Nähadeln sortiert ..... Brief 25 Stück 75 Pf.
- Kinder-Strumpfhalter ..... Paar 95 Pf.
- Nähseide viele Farben 50 Meter-Rolle 3.60

Neuheiten in Besätzen und Knöpfen

## Trikotagen

- Schlupfhosen für Damen, viele Farben ..... 24.75
- Hemdhosens für Damen, weiß, fein gestrickt ..... 29.50
- Einsatz-Hemden für Herren, normalfarbig, 3 Größen ..... 45.75
- Herrenhosen normalfarbig, gute Qualität, 3 Größen ..... 49.75
- Herrenhemden normalfarbig, gute Qualität, 3 Größen ..... 59.75

Hemdentuch kräftige Qualität 13.85 | Schotten Messaline, reine Seide . . Meter 26.50

Schweizer Taschentücher für Damen, weiss, mit Hohlsaum und gestickter Ecke ..... Stück 2.25

# Jandorf

Belle-Alliance-Str. | Große Frankfurter Str. | Brunnenstraße | Kolbuser Damm | Wilmsdorfer Straße

## Theater und Vergnügungen

- Volksbühne**  
31. Oldenburger, Verdingungen  
7 1/2, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100
- Neues Volks-Theater**  
Königsplatz 60  
11 Uhr: Biberpelz
- Staatstheater**  
Opernhaus  
11 Uhr: Aida
- Deutsches Theater**  
11 Uhr: Der Weibsteuher
- Großes Schauspielhaus**  
11 Uhr: Danton
- Neues Operettenhaus**  
11 Uhr: Die Caldonbaronesse
- Walhalla-Theater**  
11 Uhr: Die Internationale

- Residenz-Theater**  
11 Uhr: Die Freundin
- Rose-Theater**  
11 Uhr: Die Katzen
- Casino-Theater**  
11 Uhr: Knorp's sel. Witwe
- Kammer-Theater**  
11 Uhr: Der letzte Walzer
- Leffing-Theater**  
11 Uhr: Die Tänzerin
- Deutsches Künstler-Theater**  
11 Uhr: Die Scheidungstreife
- Trionon-Theater**  
11 Uhr: Untreu

- Elite-Sänger**  
11 Uhr: Neue Welt
- Königstadt-Kasino**  
11 Uhr: Täglich Ball
- Cirkus Busch**  
11 Uhr: Der große Operetten-Erfolg

- Walhalla-Theater**  
11 Uhr: Er oder Er
- Apollo-Theater**  
11 Uhr: Meisterdetektiv

## Großes Schauspielhaus

**An die Abonnenten d. Spielzeit 1920-21**

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß das neue Abonnement (1920-21) bereits am 8. September mit den Aufführungen von „Danton“ begonnen hat. Die Direktion bittet, Säulenschläge und Zeitungsinserate hinsichtlich der Reihenfolge der Abonnementvorstellungen genau zu beachten, damit ein Verfallen von Abonnement-Billets infolge Versäumnis der Vorstellungen vermieden wird.

**Romödienhaus** Schiffbauerdamm 25  
Abendlich 7 1/2 Uhr  
Operettenoperette: Walter Bromme  
**Stürmischer Heiterkeitserfolg!**  
**Eine Nacht im Paradies**  
Operette von Walter Bromme

**Ausschneiden!**

Sondervergünstigung für die Abonnenten der „Freiheit“  
giltig für 1 bis 6 Personen bis 22. September (außer Sonntags)

II. Rang-Balkon	5.- M.	I. Rang-Parquet (2. Reihe)	12.- M.
II. Rang, 1.-5. Reihe	6.- M.	I. Parquet (Orchester-Parquet), 7.-10. Reihe	15.- M.
I. Rang-Balkon	8.- M.	II. Parquet (Parkett-Parquet), 11.-14. Reihe	12.- M.
I. Rang-Orchestra	10.- M.	III. Parquet (Parkett-Parquet), 15.-19. Reihe	10.- M.

Die Luftkonditionierung ist einbezogen. Vorverkauf von 10-1/2, um 6 1/2, abends.

**Ehe es zu spät nützen Sie die letzten schönen Tage im Luna Park**

Heute  
**GROSS-FEUERWERK DOPPEL-KONZERT GEBR. NIAGARA**  
auf dem Turmsell am 7 und 8 1/2 Uhr  
Im Luna-Palast  
**GROSSE TANZSCHAU**  
Nächsten Dienstag, 14. September:  
**LETZTER VOLKSTAG**  
mit gleichem Programm und  
**GROSS-FEUERWERK**  
Eintritt: 1.50 Mk.  
Kinder: 0.75 Mk.  
Luna-Park

**Theater am Rollendorfsplatz**  
Eröffnung der Winterspielzeit :: Leitung: Herman Haller

Täglich abends 7 Uhr  
**Der große Operetten-Erfolg:**  
**„Wenn Liebe erwacht...“**

**Stimmen der Presse:**  
12 Uhr Mittagsblatt: Es wird heute wohl in Berlin in keinem Theater auf dem Gebiet der Operette Kehuliches geleistet. Tagesblatt: Das war wieder ein Schritt vorwärts — ein dauernder Erfolg wird es sicher über viele Bühnen führen. Kleines Journal: Man muß das Werk gesehen haben, wenn man von der heutigen Operette sprechen will.

**Ausschneiden!** Sondervergünstigung für die Abonnenten der „Freiheit“  
giltig vom 13. bis 15. Sept. für 1-6 Personen. Nur Wochentags

**Breite der Plätze:**  
I. Rang Tribüne . . . 5.- M. I. Rang . . . 10.- M.  
II. Rang . . . . . 6.- M. I. Rangbalkon 12.- M.  
II. Rangbalkon . . . 7.- M. Parkett-Parquet . 15.- M.

Die Luftkonditionierung ist in diesen Preisen einbezogen.  
Vorverkauf tägl. u. 10 1/2, -1 Uhr u. am Tage der Vorstell. u. 6 Uhr ab.

**CAFÉ TIVOLI**

Chaussee-Strasse 25  
Neu renoviert!  
Täglich ab 7 Uhr, sowie jeden Sonntag 1/2 4 und 1/2 8 Uhr:  
**2 große Konzerte mit ERICH CAROW**  
Deutschlands bester Universal-Exzentrik-Kapellmeister

**TRIANON-THEATER**  
Georgenstrasse :: Am Bahnhof Friedrichstrasse

Täglich 8 Uhr **Der grosse Erfolg:** Täglich 8 Uhr  
**Untreu**  
mit Hansi Arnstädt als Gräfin Clara.

TRIANON-THEATER Ausschneiden. TRIANON-THEATER  
Sondervergünstigung für die Leser der „Freiheit“  
Nur gültig für 1-6 Personen vom 12. bis 20. September

**Auf allen Plätzen 50% Ermäßigung**

Ausgabe der Billets an der Abendkasse II ab 7 Uhr

Trianon-Theater. Nachmittagsvorstellungen bei bedeutend ermäßigten Preisen.  
Heute Sonntag 4 Uhr: „Der gute Ruf“ von Sudermann  
Mittwoch 4 Uhr: „Rothköpchen und der Wolf“  
Sonnabend, 4 Uhr: „Rothköpchen und der Wolf“  
Sonntag, 4 Uhr: „Der gute Ruf“ von Sudermann.  
Auch für diese Vorstellungen gewährt der obige Schein auf die ermäßigten Preise 50 pCt. Nachbl. — Billetausgabe zu jeder Vorstellung ab 3 Uhr.

Münzen :: Briefmarken  
kauft Großmann, Johannisstr. 4.  
Norden 106 21.



knüpflich 9 Prozent der abgegebenen Stimmen auf seine Listen vereinigen konnte, so wird man die Bedeutungslosigkeit dieser Organisation und das Mauthelimum ihres „Generalsekretärs“ Nibel richtig einschätzen können. Die Großmannsucht des letzteren steht im umgekehrten Verhältnis zu dem Wachstum seines Verbändchens, dessen rapide Rückwärtsentwicklung ihn anscheinend bestimmt, sich als berufener Hüter der Befassung aufzuspielen und bei den Stellen in empfehlende Erinnerung zu bringen, die in der Lage sind, seinen Ehrgeiz durch Übernahme in ein Regierungsamt zu befriedigen. Als freiwilliger Regierungs- und Hofrat hat sich Nibel schon immer mit besonderem Eifer zum Schaden der Eisenbahner betätigt.

Die „Gewerkschaft deutscher Eisenbahner“ hat, wie die Betriebsräte wählen deutlich gezeigt haben, ihre Domänen in den „Schwarzen“ Bezirken. Im Direktionsbezirk Essen erzielten die Christen bei der Wahl zum Hauptbeiratsrat das beste Ergebnis. Dort konnten sie 40 Prozent der abgegebenen Stimmen auf ihre Listen vereinigen. Sie erhielten ferner in Preußen: Bezirk Köln 28 Prozent, Bezirk Münster 27 Prozent, Bezirk Trier 25 Prozent, in den übrigen 12 preussischen Bezirken durchschnittlich 3 Prozent der abgegebenen Stimmen. Im Bezirk Berlin hatten sie keine einzige Stimme und in den Bezirken Halle und Magdeburg noch nicht einmal 1 Prozent der Stimmen erhalten. In Süddeutschland standen dem D. E. B. nur die Christen gegenüber. Besten erhielten: In Baden und 38 Prozent, Württemberg 28 Prozent und in dem katholischen Bayern nur 18 Prozent der abgegebenen Stimmen. Auch diese Organisation konnte, wie sich aus vorstehendem Resultat ergibt, nirgends eine größere Bedeutung erlangen.

In Mecklenburg gehören alle Betriebsratsmitglieder dem D. E. B. an. In Oldenburg und Sachsen besitzt der D. E. B. die überlegene Mehrheit. Nur die Christen sind mit wenigen Mandaten vertreten.

Der D. E. B. mustert im Gebiet der Reichseisenbahnen neben den Mitgliedern der Haupt- und Bezirksräte noch ein Heer von rund 20 000 Betriebsratsmitgliedern und Betriebsratsobmannen in den britischen Dienststellen, gegen rund 5000 Betriebsratsmitglieder der gegnerischen Organisationen. Der D. E. B. wird auf dem Betriebsratskongress durch 56 Delegierte vertreten sein.

Genosse Breunig sagt darüber, daß trotz dieser Tatsachen noch immer sozialistische Arbeiter dem Allgemeinen Eisenbahner-Verband angehören. Er schreibt:

„Leider muß festgestellt werden, daß eine Anzahl Genossen der S. P. D., U. S. P. D. und A. P. D. noch in dieser Organisation, zum Teil sogar in führenden Stellen zu finden sind. Man sollte annehmen, daß diese Genossen längst selbst eingesehen hätten, daß ihr Verbleiben in einer Organisation, die nach allem, was man bisher von ihrem Nibel gesehen und gehört hat, als „gelb“ bezeichnet werden muß, mit ihrer Solidaritätspflicht als Sozialisten unvereinbar ist. Es ist endlich an der Zeit, daß die sozialistischen Parteien in dieser Beziehung reinen Tisch machen.“

## Berlin—Moskau

Von Felix Müller-Weissenfeld.

Ich habe die Bestreitung der geistigen Ankosten bei den Parteibedritten gerne berufeneren Kräften überlassen. Aber in dieser Frage bin ich wohl auch berufen, ein Wort mitzureden. Denn, wenn man einige dreißig Jahre in der sozialistischen Bewegung steht und davon etwa die Hälfte Jahre in der kommunistischen Bewegung, dann ist man gewissermaßen Sachverständiger in der uns jetzt bewegenden Frage. Es ist noch nicht allseitig erkannt, daß diese Frage keine Frage des Prinzips, sondern eine rein taktische Frage ist. Es ist keine Frage zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie, sondern es ist der Gegensatz zwischen dem Herzen und dem Verstand, zwischen der revolutionären Phrasen- und der nüchternen Wirklichkeit. Man kann den Kommunismus nur psychologisch begreifen, und darum ist es ganz unmöglich, ihm verstandesmäßig zu Leibe zu gehen. Das können nur die Jahre mit ihrer größeren Erfahrung, mit ihrer größeren Menschenkenntnis besorgen. Das Herz der Kommunisten in Ehren. Aber wehe der Partei, die mit dem Herzen Politik machen will. Und das tun unsere kommunistischen Freunde. Aber das ist falsch. Da ist ein alter Bremsen oft ein sehr nützlicher Funktionär, damit der wilde Bursche mit der revolutionären Peitsche in der Hand den Parteikarren nicht in den Abgrund jagt.

Nur ist mir nicht klar geworden, wie der Genosse Däumig in die Gesellschaft hineingeraten ist. Man kann doch bei ihm wohl kaum sagen, daß es daran liegt, daß er erst spät mit dem Sozialismus Bekanntschaft gemacht hat und nun seine erste härmische Liebe liebt.

Es müßte sehr interessant sein zu erfahren, wie sich Däumig und seine Freunde mit der Räteide abfinden werden, um deren Willen sie ja auch die Partei verlassen wollten. Moskau hat die Räteide, von der unsere Moskauer sagten: „Wie Recht den Räten! in die Ecke gestellt, und die reine Parteidiktatur an seine Stelle gesetzt. Vom Antiparlamentarismus zum Parlamentarismus, vom Räteismus zur Parteidiktatur. Und diese schwankenden Gestalten wollen uns Bannträger sein? Die Welt hat nur Achtung vor Prinzipienfestigkeit und Konsequenz, nicht aber vor solchen Moskauer Hospredigern. Da ist man ja völlig ausgeliefert einer Diktatur der Grundlosigkeit. Da muß man wahrlich bald beten: Konstantin, verlaß uns nicht; du bist uns der ruhende Pol in diesem Irrenhaus!

Wenn es in den Moskauer Evangelien heißt: Die kommunistische Partei unterscheidet sich von der gesamten Arbeitermasse dadurch, daß sie eine Ueberzeit über den ganzen historischen Weg der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit hat“, so habe ich kein Wort für eine solche Annahme. Auf Schritt und Tritt begegnet man dieser Welt in den Theorien, die man uns da als die allseitigmachende heilige Schrift anpreist. Etwas mehr Selbstkritik und etwas besseren Gesinnung hätte man dort auch von Moskau verlangen können. Dort schreit es mir so zugegangen zu sein: Lenin und seine Hohenpriester haben das rhetorische Instrument meisterhaft gespielt, und die andern haben schülerhaft-andächtig zugehört. In Deutschland wäre es etwas aber doch wohl kaum möglich. Ob diese Taktik der Diktatur für Russland notwendig ist, darüber sind die Russen kompetent zu urteilen. Aber das weiß ich: für Deutschland und Westeuropa ist diese Taktik eine Unmöglichkeit. Wenn die Freiheit kein leeres Scherensystem ist, der muß das Diktum von Moskau ablehnen. Was für Russland gut ist, taugt für Deutschland noch lange nicht. Das Moskauer Diktum trägt die Reaktion schon im Volk. Ein Menschenalter hindurch haben wir gelehrt, daß sich Gewaltsysteme auf die Dauer nicht aufrecht erhalten lassen. Von dieser Ueberzeugung lassen wir uns auch heute noch leiten, und darum lehnen wir die kommunistischen Gewaltexperimente ab. Man besingt sich selbst, wenn man sagt, die Massen sind reif, und die Führer sind es nicht. Ich nein, so ist es leider nicht. Wäre es so, dann wären die „unreifen“ Führer bald hinweggefegt.

Wenn man so fünfundsiebzig Jahre Parteibewegung hinter sich hat, dann hat man schon manches erlebt und auch gelernt. Welt und Menschen zu beurteilen. Des sollten sich unsere jungen Freunde sagen lassen. Die Alten mit dem Rat und die Jungen mit der Tat. Wenn wir so im Einklang handeln, dann, bin ich überzeugt, kommt auch etwas Brauchbares heraus.

Es ist meine feste Ueberzeugung: Moskau und der Kommunismus werden bald eine Epiloth sein, und ich freue mich schon auf den Augenblick, wo wir unsere Freunde wieder von der Revolutionarionomantik genesen in unserem Kreise begreifen können. Und der Augenblick kommt. Wer lernen will, kann an meiner und meiner Freunde Entwicklung lernen. Wir waren alle früher gewaltige Beherrscher des Jünglings-A. und die Analen der Hohenpriester Basille tragen auch meinen Namen. Aber die zunehmende Erfahrung hat einen dauerhaften Umwandel herbeigeführt. Die „Kinderkrankheit des Radikalismus“ hat selbst Lenin schon in zwei Jahren überwunden. Und ich weiß genau: er wird die Kinderkrankheit mit den Jahren noch weiter überwinden. Die Zeit bewirkt diese Wandel. Der große und berühmte Oekonom und Gelehrte Peter Kropotkin (A. ist Kommunist) schreibt: „Ich sehe

mich gezwungen, zu erklären, daß eine kommunistische Republik auf der Basis eines streng zentralistischen Staatskommunismus und unter dem Zwang einer eisernen Diktatur einer Partei mit einem Negerfolg enden muß.“ Das ist auch meine feste Ueberzeugung.

## Selbstverständliche Forderungen

Von Bernhard Wächter.

Die Bedingungen, die wir beim Eintritt in die 3. Internationale zu erfüllen haben, halte ich in ihren Hauptpunkten für so selbstverständlich, daß ich es nicht verhehle, daß wir nicht schon lange von allein zu diesen Forderungen gekommen sind. Sämtliche Ausführungen der Gegner dieser Bedingungen erschlagen sich bei kritischer Beleuchtung von selbst, entweder durch ihre eigenen Ausführungen oder durch ihnen entgegenstehende Tatsachen. Wenn heute behauptet wird, Moskau will uns etwas aufzwingen, so ist dies m. E. nicht anders als als agitatorische Hege zu werben. Moskau, welches zur 3. Internationale aufgerufen hat und heute unrettbar am weitesten vorgeschritten ist auf dem Wege der Befreiung des Proletariats und Erhebung der alten kapitalistischen Gesellschaftskreise durch die kommunistische, hat erkannt, daß es Lebensbedingung ist für die Weltrevolution ist, diese Forderungen zu stellen, wenn nicht in Kürze in entscheidender Stunde die 3. der 2. Internationale ähnlich sein soll wie ein Ei dem andern. Aus diesem Grunde vorkam es von uns den Trennungsgesüch zwischen unseren Evolutionären (Sepp Dörfer) und den Revolutionären. Das Zeitalter, wo wir durch Evolution etwas erwarteten, liegt hinter uns und mag wohl in Rußlands Jugendjahren angebracht gewesen sein, heute leben wir in einer anderen Zeit. In einer Zeit, wo sich Unterdrückter und Unterdrückte im offenen Kampfe gegenüberstehen, wollten wir uns daran setzen, daß die von Moskau geforderte und größte Diktatur des Proletariats im Widerspruch mit der Demokratie steht. — Creter scheut sich ja wahrhaftig bereits vor dem Wort „Diktatur“ und ist so gnädig, dafür das weniger grausame Wort „Herrschaft“ zu empfehlen. Vielleicht verhält sich die Bourgeoisie dazu entgegenkommender.

Damit erweisen wie der revolutionären Bewegung bei uns keinen Dienst. Uns Klassenbewußten Arbeitern steht man das blanke Vasontett auf die Brust, wenn wir nur wagen Dingen zu schreiben, und sollen wir dem nur unsern Glauben entgegenzusetzen, daß die Befreiung des Proletariats durch passivische Kapitulation erreicht wird, oder muß diese Gewalt nicht Gewalt auslösen, gewollt oder ungewollt? Dieses Gift kann nur durch Gegengift unschädlich gemacht werden. Ich behaupte, daß wir verpflichtet sind, offen und frei zu bekennen: solange unsere gerechten Forderungen sich Gewaltmitteln entgegenstellen, solange wollen wir dem unsere Gewalt entgegenstellen. Wenn ich Gen. Dörfer zu der Behauptung verweigere, daß das nicht sozialistische, sondern reaktionäre Mittel sind, so erkenne ich darin eine oft geplagte Maßnahme, vor der ich nicht genug warnen kann. Stant Gen. Dörfer, daß der Generalsekretär als solcher kein Gewaltmittel ist? Ja, auch er ist es, und die Opfer, die er fordert, direkt und indirekt, rekrutieren sich doch wohl zum Teil aus dem Proletariat. Die Bourgeoisie ist imlaube, die größten Härten desselben gegen sich wirkungslos zu machen. Durch das Ausschließen jeder Lebensmöglichkeit wird gerade in den Reihen der Kämpfer selbst der Keim zu Krankheiten gelegt, meist ist dies beim Proleten leider ja bereits vorhanden und wird dann verstärkt und führt so zu schweren Erkrankungen und frühem Tod. Soll ich nachbeten, was die S. P. D. und die Technische Nothilfe ausführen, welches Verbrechen der Generalsekretär ist? Das ist wohl nicht notwendig. Jeder revolutionär Empfindende weiß, daß der Generalsekretär auch trotz allem eine Waffe für das Proletariat ist, auf die es nicht verzichten kann. Ist aber nun der offene Kampf nicht ungleich billiger für uns und gerechter? Denn Rajarener sind wir nicht, die von ihren Ausbeutern erwarten, daß durch unsere Sanftmut überwältigt, sie unseren gerechten Forderungen Genüge tun.

Wenn die U. S. P. sich auf die große Waffe stützt, so möchte ich dem entgegen, nicht die große Masse der organisierten Arbeiter ist es, die zur Revolution nötig ist, sondern eine von einem grundlegenden festen Willen besetzte Partei und dem besten sich bekannte Führer der U. S. P. entgegen, wo sie doch als warnendes Beispiel die S. P. D. vor Augen haben sollten, der heute Offiziere, Kapitulanten und Bürger der reaktionärsten Art, ja sogar ein Kaiser, angehören. Wehre dich dagegen, Arbeitsbrüder, unsere Parteien sollen Kampforganisationen sein, und da darf aus den Reihen jener, die wir bekämpfen, keiner herein. Kommt aber jemand mit der Forderung, du sollst dem, der dir einen Streich auf die rechte Wacke gibt, auch die Linke hin halten, in dem erkenne einen bewußten und unbedenklichen Feind deiner Forderung; gib ihm zur Antwort: noch sind wir keine Rajarener.

## Die Stellung der Organisationen

Aktionsbezirk Cottbus

Die Kreisversammlung für den Agitationsbezirk Cottbus nahm am Mittwoch nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten auch Stellung zur Frage der kommunistischen Internationale. Genosse Ulmer erstattete einen kurzen Bericht über die Verhandlungen der Kreisversammlung. An der Aussprache beteiligten sich Genosse Thider, Genosse Schiboloff-Lübbers und mehrere andere Genossen des Kreises. Die Konferenz stellte sich einmütig auf den Standpunkt, daß die Einheit und Selbständigkeit der Partei unter allen Umständen zu wahren sei. Die Bedingungen in ihrer jetzigen Form müssen im Interesse der deutschen Arbeiterklasse und der ganzen internationalen Arbeiterbewegung abgelehnt werden. Eine Ablehnung der Moskauer Bedingungen bedeute keineswegs einen Bruch mit Sowjetrußland und noch weniger eine Abschwächung unseres Solidaritätsgedankens und unserer Sympathie für unsere russischen Brüder. Je einmütiger unsere Partei die Bedingungen ablehnt, desto aussichtreicher werden sich die weiteren Verhandlungen gestalten. Trotz der im kommunistischen Parteinteresse aufgestellten Bedingungen müsse auch weiterhin die Errichtung einer revolutionären Internationale mit allem Nachdruck angestrebt werden, einer Internationale, die alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiterparteien der ganzen Welt umfaßt.

Ferner wurde noch ein Antrag zu den kommenden preussischen Landtagswahlen angenommen, der der Generalversammlung vorgelegt werden soll. Der Antrag geht dahin, daß alle Kandidaten durch eine Kommission aus Zeit und Art ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationszugehörigkeit und auf ihrer zeitlichen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung zu prüfen seien. Dieser Antrag wird in verschiedener Form, meist mit der Forderung auf eine fünfjährige Organisationszugehörigkeit, zur Zeit auf allen Konferenzen und Generalversammlungen gestellt, um eine Gewähr zu bieten, daß nicht unläutere Elemente in Vertrauensstellungen gelangen.

## Versammlung des Hamburger Ortsvereins

Am Donnerstag nahmen die Mitglieder des Hamburger Ortsvereins zu den Moskauer Bedingungen Stellung. Genosse Hommes trat für ihre Annahme ein. Die 2. Internationale habe versagt, an ihre Stelle müsse die 3. Internationale treten mit streng zentralistischer Organisation, mit den Mitteln der Diktatur, des Terrors und der direkten Aktion der Arbeiterklasse. Die Moskauer Bedingungen des Anschlusses an die 3. Internationale stellen keine Anforderungen, die nicht erfüllt werden könnten. Die Frage des Fortbestehens der unabhängigen Partei trete vor den Notwendigkeiten der internationalen Zusammenschlusses und Kampfes in den Hintergrund.

In der Diskussion erklärte Genosse Bogherr, daß er mit der ganzen Partei auf dem Boden des Anschlusses stehe. Er habe aber schwere Bedenken, daß die Bedingungen die Bildung einer wirklich geschlossenen Internationale eher verhindern als befördern. Die Selbständigkeit, die Eigenart und des Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter in den einzelnen Ländern dürfe nicht durch einen formalen Zentralismus ausgehoben werden. Dadurch würde die Schlagkraft der Arbeiterklasse im entscheidenden Augenblick geschwächt. Als diese Ausführungen härmischen Widerspruch auslösten, be-

schränkte sich Bogherr auf die Erklärung, er hätte wohl überhaupt nicht das Wort ergriffen, wenn er es nicht für sehr und unehrlich gehalten hätte, die Hamburger Genossen über seine Stellung zu den Bedingungen des Anschlusses im unklaren zu lassen. — Als weitere Diskussionsredner nahmen noch die Genossen Gäßner, Thälmann und Bergmann (letzterer gegen die Anschlußbedingungen) das Wort. Gegen wenige Stimmen wurde folgende vom Vorstand vorgelegte Resolution angenommen:

„Die historische Epoche, in der wir leben, ist die Epoche des revolutionären Kampfes um den Sozialismus. Die Bourgeoisie aller Länder, die „Feinde“ von gestern, schließen sich unter der Fahne „Kampf gegen den Sozialismus“ zu einer internationalen heiligen Allianz täglich fester zusammen. Befreiungskämpfe innerhalb einer Nation werden rückwärts auf die internationale Ebene, der Stufe der Bourgeoisie eines Landes wird stets die gesamte Bourgeoisie auf den Plan rufen. Der geschlossenen internationalen revolutionären Front der Bourgeoisie muß das Proletariat die gleiche internationale revolutionäre Front entgegenstellen. Die goldene — die rote Internationale. Wenn die Erste Internationale die künftige Entwicklung vorausgesehen und ihre Wege vorgezeichnet, wenn die Zweite Internationale Millionen Proletariat gesammelt und organisiert hat, so soll die Dritte Internationale die internationale der offenen Massennation, der revolutionären Weltbewegung, die Internationale der Tat sein. Aus diesen Erwägungen heraus erkennt die Mitgliedschaft der U. S. P. Ortsverein Hamburg vollauf die Notwendigkeit der Umstellung der Parteiorganisation sowohl, als auch der der Internationale im Sinne der von dem 2. Kongress der Dritten Internationale gefassten Richtlinien und Beschlüsse. Die Aufnahmebedingungen und die Statuten sind die Vorbedingungen der praktischen Durchführung der theoretischen Leitgeden und bilden kein Hindernis für den sofortigen Anschluß an die Dritte Internationale. Die in der U. S. P. Ortsverein Hamburg organisierten Mitglieder fordern hiermit sämtliche Proletariat Deutschlands auf, die internationale Solidarität mit Sowjetrußland durch Taten zu beweisen, den Anschluß an die Dritte Internationale zu vollziehen.“

Ein zuvor gestellter Antrag auf Vornahme einer Urabstimmung wurde abgelehnt.

## Zur Auswanderungsfrage

Versammlung der Interessengemeinschaft

In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der Interessengemeinschaft für Auswanderer nach Sowjetrußland, Bezirk Berlin-Brandenburg, die am vergangenen Freitag in den Barocksalen taate, sollte Dr. Goldschmidt ein größeres Referat über den wirtschaftlichen Aufbau in Sowjetrußland halten. Auf Wunsch der Versammlung erteilt Dr. Goldschmidt das Wort lediglich zu einem kurzen Bericht, damit einige in der Versammlung anwesende aus Rußland zurückgekehrte Arbeiter über ihre Erkenntnisse in Rußland einen ausführlichen Bericht geben konnten.

Einleitend führte Dr. Goldschmidt aus, daß sich die Interessengemeinschaft in einer schweren Krise befinde. Es dürfe sich nicht wiederholen, was sich auf der Redaktion der „Räte-Zeitung“ abgespielt habe, wo Tische umflogen, wo Worte von „Rasse“ usw. fielen und mit dem Staatsanwalt gedroht wurde. 120 Auswanderer, deutsche Arbeiter aus Berlin, Hamburg und Leipzig, seien nach Rußland gegangen. Die Vorgänge, die zur Zusammenstellung des Transportes führten, wüßten auf das genaueste nachgeprüft werden. Die Zeitfragen eines Teiles dieser Arbeiter seien zu einer Waffe gegen ganz Rußland gemacht worden. Es sei eine glatte Unmöglichkeit, von ein paar Stellen aus die Wirtschaft eines großen Reiches, wie Rußland, zu überblicken. Trotz der furchtbaren Kämpfe, die Rußland durchgemacht habe und noch durchmachen, trotz aller Widerwärtigkeiten, offener und verdeckter Sabotage, ist in Rußland Großartiges geschaffen worden. Rußland müsse beigehalten werden, weil dies eine revolutionäre Tat der internationalen Solidarität sei. (Beifall.)

Anschließend erteilt Genosse Fähnrich, der aus Rußland zurückgekehrt ist und bei dem Transport als Transportführer fungierte, das Wort. Er schilderte ausführlich die Zusammenstellung des Transportes und seine Erlebnisse während der Ueberfahrt, dem Aufenthalt in der Lokomotivfabrik bei Kolonna und der Rückfahrt. Bei Eintritt der Reise sei versprochen worden, daß die deutschen Arbeiter eine Fabrik für sich allein bekämen. Ein Rundgang in der Fabrik, die verwahrloht sei, habe bei einer Anzahl von Arbeitern bereits Entmutigung hervorgerufen. Von den Russen in der Fabrik, die wenig arbeiteten, sich meistens unterhielten oder schliefen, seien sie als Eindringlinge betrachtet worden. Mitgebrachte Werkzeuge seien ihnen abhanden gekommen. Die weiteren Ausführungen des Genossen Fähnrich bedecken sich mit den Ausführungen, die bereits Genosse Dittmann in seinem Artikel niedergelegt hat. Er habe den Glauben an Sowjetrußland verloren, dort herrsche kein Kommunismus, wer seinen Worten keinen Glauben schenken wolle, der möge selbst nach Rußland fahren.

Nach dem Referat des Genossen Fähnrich, das über zwei Stunden dauerte, ergriffen ein Moskauer Genosse, ein Delegierter der Interessengemeinschaft und ein aus Rußland zurückgekehrter Kriegsgefangener das Wort. Sie vertraten den Standpunkt, daß die zurückgekehrten Arbeiter keine Revolutionäre, sondern „Konterrevolutionäre“ seien. Sowjetrußland sei kein Land, in dem goldene Berge wüchsen, sondern intensio müsse dort gearbeitet werden. Die zurückgekehrten Arbeiter hätten sich gewigert, die angewiesenen Arbeiten zu verrichten. Da sich die russischen Arbeiter dagegen auflebten, daß diese Art deutscher Arbeiter versagt werde, ohne zu arbeiten, wurden sie, wie das in Rußland üblich ist, auf die sogenannte „Hausstratation“, 1/2 Pfund Brod pro Tag, gesetzt. Diese drei Redner stellten sich auf den Standpunkt, daß in Zukunft nur tüchtige Genossen sich für Sowjetrußland melden sollten und nicht junge Männer, die bei der geringsten Unannehmlichkeit die Blinde ins Korn werfen würden.

Ein Diskussionsredner brachte der Versammlung eine Erklärung der in Kolonna zurückgebliebenen deutschen Arbeiter zur Kenntnis die sich scharf gegen die Zurückgekehrten wendet.

Der Vorsitzende der Interessengemeinschaft Gumprich schilderte ausführlich die Gründe, die zur Zusammenstellung des Transportes geführt haben. Es sei ein Fehler gewesen, daß die Zukunft der Technischen Kommission aus Rußland nicht abgewartet worden wäre. Die Umstände sei es anzuschreiben, daß die Unterbringungsverhältnisse für den Transport keine besseren gewesen seien. In seinen weiteren Ausführungen griff der Redner den Genossen Dittmann an und verteidigte die Tätigkeit der Interessengemeinschaft.

## Vorzügliche Nachmittags- und Abendunterhaltungen

bietet jetzt Dieck's Margaretiensaal (Wipziger Str. 101-02, Ecke Friedrichstr.). Jeder Geldmach findet seine Erfüllung. Die höhere Langlauf vertreten: Pent und Gyon, diese vornehmen Tänzer von der Staatsoper, Soroka und Bales, ein exzentrisch-gesellschaftliches Tanzpaar, und die Verwandlungslängerinnen Geschwister Kiechert. Für Humor ist besonders geforgt. Es seien nur genannt: Werner Goldmann mit seiner svercheerschütternden Komik, Adolf Boigt, dieser übermächtig lustige Anecdotenzerzähler, Anni Trautner, die brillante, fröhliche Münchner Soubrette mit ihrem sprühenden süddeutschen Humor, usw. Die erstere frohe Kunst ist vertreten von Margot Sokolowska, dieser eigenartigen Gesangsünstlerin, ferner von Mario Costa, dem Meister ersten und weiteren Vortrages. Am Nachmittags beginnen die Darbietungen im Margaretiensaal um 4 1/2 Uhr, am Abend um 8 1/2 Uhr. Kein Weinzwang. Für vorzüglich bereitete Speisen sind mäßige Preise angelegt.

# Gewerkschaftliches

## Reichskonferenz der Angestellten der Versorgungsbehörden

Am 5. und 6. September d. J. tagte in Weimar eine vom Zentralverband der Angestellten eibernene Reichskonferenz der Angestellten sämtlicher Versorgungsbehörden im Deutschen Reich, die von 180 Teilnehmern besucht war. Aus dem erstatteten Bericht ergab sich, in welcher umfassenden Weise die Interessen der Angestellten wahrgenommen worden sind.

Aus der Berichterstattung über den Tarifvertragsvertrag ging hervor, daß der Abschluß des Tarifvertrages seiner Zeit, wenn er auch noch erhebliche Mängel aufweise, erfolgen mußte. Die verschiedenen Abzüge vom Tarifgehalt führten dazu, daß ein erheblicher Teil von Angestellten bei den Versorgungsbehörden Gehälter bis zu 300 Mk. monatlich bezieht. Die dadurch hervorgerufene Notlage dieser Angestellten macht auf das Reichsfinanzministerium keinen Eindruck. Die Konferenz gab in einer Entschließung ihrem Unwillen über diese unhaltbaren Zustände Ausdruck, in der es heißt:

Die Reichskonferenz erhebt gegen diese, die Lebensnotwendigkeiten nicht berücksichtigenden Zustände, welche durch das harte Festhalten des Reichsfinanzministeriums an dem formalrechtlichen Anspruch auf Rückzahlung der Vorschüsse herbeigeführt wird, schärfsten Protest. Die auf der Konferenz zum Ausdruck kommende Stimmung regt von der Entschlossenheit der Angestellten, diese unhaltbaren Zustände unter allen Umständen und unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel, nötigenfalls auch der Arbeitsverweigerung zu beseitigen.

Die Angestelltenenschaft verlangt von der Veltung ihrer Gewerkschaft, dem Zentralverband der Angestellten, daß folgende Forderung der Regierung unterbreitet wird, und ermächtigt den Hauptvorstand im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzministerium, die zur Durchführung der Arbeitsverweigerung erforderlichen Maßnahmen schon jetzt einzuleiten:

Jedem Angestellten sind die Bezüge, welche er am 10. Juni 1920 erhielt, unverzüglich weiterzugeben, ohne daß eine Minderberührung durch Abzug von gewährten Vorschüssen oder der Gehaltszahlung von der Voraus- in die Nachzahlung eintritt.

Die Angestellten halten diese Forderung für um so berechtigter, als dadurch die in Aussicht gestellte Erhöhung ihrer Bezüge, deren sie unbedingt bedürfen, noch nicht erfolgt.

Der Verbandsvorsitzende Siebel entwickelte in seinem Referat den Aufbau der Organisation der Angestellten bei den Versorgungsbehörden wie er im Zentralverband der Angestellten geplant ist. Im Anschluß hieran wurde der Reichsfinanzminister der Angestellten neu gewählt. Eine Resolution gegen jede Sondergründung fand einstimmige Annahme.

## Die pommerischen Gauleiter gegen das jetzige Schlichtungsverfahren

In einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Gauleiter der freien Gewerkschaften Pommerns wurde unter anderem ein Referat entgegengenommen über die jetzt zugrunde getretenen Praktiken bei den Verhandlungen vor den Schlichtungsausschüssen. In diesen bei den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschüssen gebildeten Zustände bei dem Schlichtungsverfahren gänzlich unhaltbar geworden sind. Die Schiedsprüche der Schlichtungsausschüsse werden von den Arbeitgebern heute überhaupt nicht mehr anerkannt. Bei Anträgen auf Verbindlichkeitsklärung versagen die Demobilisierungskommissare zum großen Teil. Falls jedoch noch einmal ein Schiedspruch für verbindlich erklärt wird, kommen nun die Gerichte her und erklären, daß die Demobilisierungskommissare gänzlich berechtigt sind, einen Schiedspruch für verbindlich zu erklären. Es wurden in der Sitzung sogar Stimmen laut, unter den gegebenen Umständen die Schlichtungsausschüsse zur Schlichtung von Streitigkeiten über-

haupt nicht mehr anzurufen, da hierdurch nur unnötige Arbeit und Kosten verursacht werden. Die Aussprache führte zur Annahme folgender Resolution:

Die am 3. September 1920 tagende Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Gauleiter der freien Gewerkschaften Pommerns nimmt Kenntnis davon, daß die Schlichtungsausschüsse im allgemeinen Wochen und Monate verstreichen lassen, bevor ein Verhandlungstermin angesetzt wird. Hierdurch entstehen den in Frage kommenden Arbeitern wirtschaftliche Nachteile. Ebenso langsam und noch langsamer arbeiten bei Anträgen auf Verbindlichkeitsklärung die Demobilisierungskommissare.

Durch die jetzt üblich gewordene Spruchpraxis der Gerichte — Landgericht Stoltz, Gewerbegericht Stettin usw. — wird sogar den Demobilisierungskommissaren das Recht auf Verbindlichkeitsklärung der ordnungsgemäß gefällten Schiedsprüche der Schlichtungsausschüsse und der diesen rechtlich gleichgestellten Tarifinstanzen abgesprochen.

Durch diese hier angeführten und noch andere sich herausgebildeten Uebelstände wird das ganze Schlichtungsverfahren wertlos und kann keine ihm gestellte Aufgabe der Herbeiführung und Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Friedens zu dienen, nicht erfüllen.

Die Gauleiter Pommerns erheben ganz entschieden Einspruch gegen diese in der Arbeiterkraft jedes Vertrauen erlösende Handhabung der geschlichen Bestimmungen und Verordnungen. Sie fordern beschleunigte Erledigung der anhängig gemachten Streitfälle und Sicherung der Rechtsgrundlagen des Schlichtungsverfahrens.

Sollten in dieser Beziehung keine Änderungen eintreten, sind die Schlichtungsausschüsse zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt und ist diese Institution wertlos und überflüssig geworden.

Die versammelten Gauleiter ersuchen den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, beim Reichsarbeitsministerium vorstellig zu werden und eine endgültige Regelung und Klarstellung der oben angeführten Punkte herbeizuführen.

Diese Beschwerden beschränken sich nicht nur auf Pommern. Wir haben des öfters schon darauf hingewiesen, daß auch in Groß-Berlin die Verhältnisse ähnlich liegen. Man wird den in Frage kommenden Behörden die Verantwortung dafür überlassen müssen, wenn die Arbeiterkraft zur Selbsthilfe greift und eine Ermittlungstätigkeit gar nicht erst abwartet. Man beklage sich dann aber nicht über das „Streifhieb“ der Arbeiterkraft.

## Erwachende Solidarität der Beamten

Eine am Freitag im „Märkischen Hof“ tagende, sehr stark besuchte Versammlung der Gruppe Süd-Süd-Ost des Reichsverbandes deutscher Post- und Telegraphen-Beamten nahm nach kurzer Debatte eine Resolution, in der gefordert wird, „die Beamtenausschüsse sind vom Verband sofort zusammenzufassen, um ein einheitliches Vorgehen zu gewährleisten“, einstimmig an. Es wurde weiter gefordert, daß sich die Beamtenausschüsse der Betriebsrätezentrale, Münzstraße, anzuschließen hätten und im Beamtenrätegesetz das volle Mitbestimmungs- und Kontrollrecht gewährleistet sein muß, da ohne dieses der alte reaktionäre Geist aus der Reichspost- und Telegraphenverwaltung nicht zu entfernen ist.

Nach den Ausführungen einzelner Redner wurde folgender Antrag, der den Delegierten zum Bezirksrat mit auf den Weg gegeben wurde, um denselben als Antrag dem außerordentlichen Verbandstage vorzulegen, gegen eine Stimme angenommen: Die heute am 10. September 1920 tagende, sehr stark besuchte Versammlung der Gruppe Süd-Süd-Ost fordert sofortigen Ausbau des Verbandes zu einer freigewerkschaftlichen Kampfsorganisation und Zusammenfassung sämtlicher Großorganisationen des Transport- und Verkehrsgewerbes in einer Einheitsorganisation (Verkehrsbund), um der geeinigten und sich wieder stark fühlenden Reaktion, die geschlossene Front sämtlicher Arbeiter, Angestellten und Beamten des Verkehrs- und Transportgewerbes zur Sicherung und des weiteren Ausbaues unserer wirtschaftlichen Interessen, gegenüber zu stellen.“

Der Kampf, den die Beamtenschaft heute um ihre wirtschaftliche Existenz, die ja jetzt um vieles schlechter ist als vor dem Kriege, führen muß, beweist, daß sie sich der Solidarität, der Zusammengehörigkeit mit der Arbeiterkraft bewußt wird. Dieses Gefühl gilt es im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung wachzuhalten und zu fördern.

## Der Streik der Rohrleger und Heiser

In der Versammlung der Streikenden, die gestern mittag tagte, teilte die Streikleitung mit, daß am Freitag Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden haben, die aber kein Ergebnis hatten. Die Unternehmer wollen wohl einen Stundenlohn von 6,05 M. bewilligen, sie nahmen aber in den Fragen der Fahrgehaltsabgabe, des Aufschlages bei schmutzigen Arbeiten, der Lohnzulage, der Tarifdauer, der Ferien eine Haltung ein, die den Forderungen der Streikenden so wenig entspricht, daß die Streikleitung nicht darauf eingehen konnte. Diese Fragen bilden den Kernpunkt der Bewegung. Ehe sie nicht in befriedigender Weise gelöst werden, ist an eine Verständigung nicht zu denken.

Die Streikleitung hat sich nun an das Reichsarbeitsministerium gewandt. Dasselbe hat zum kommenden Dienstag eine Verhandlung unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden angesetzt.

Der Streik wird unverändert fortgesetzt. Die Situation ist für die Streikenden günstig.

Zum Schluß nahm die Versammlung noch eine Sympathie-Resolution für die entlassenen Erfurter Eisenbahnarbeiter einstimmig an.

## Zur Lohnbewegung der Spyrarbeiter

In einer am Donnerstag stattgefundenen Versammlung für die in den Spyrifabriken Beschäftigten wurde der Bericht über das Ergebnis des vom Schlichtungsausschuss gefällten Schiedspruches erstattet. Der Schiedspruch lautet wie folgt:

Die Löhne werden mit Wirkung vom 1. August 1920 ab festgesetzt: Für Handwerker aller Art einschl. Böttcher, Maschinisten, Geizer und Apparateführer auf 275 M. Für sämtliche Arbeiter aller Art einschl. Portiers und Kutscher auf 265 M. Kutscher erhalten für Stalldienst einschl. Pferdewärter eine Wochenzulage von 15 M. Der Tarifvertrag ist zu jeder Zeit mit 14tägiger Frist kündbar; im übrigen bleibt er unberührt.

Zur Begründung wird besonders hervorgehoben, daß die bisherigen Löhne derartig niedrig waren, daß eine erhebliche Erhöhung angemessen erschiene. Die Aufbesserungen betragen demnach 60 M. bei den gelerntem und 55 M. bei den ungelerten Arbeitnehmern. Für Pferdewärter wird 8 M. die Woche mehr bezahlt. Die Anwesenden erklärten sich einstimmig mit dem Schiedspruch einverstanden. Zum Schluß wurde darauf hingewiesen, daß es nun an den Unternehmern liege, ob der Wirtschaftsfriede gehalten werden solle. Lehnen dieselben den Schiedspruch ab, so gibt es kein anderes Mittel als Arbeitsniederlegung.

Hoffnungen, mit Hilfe des Demobilisierungskommissars den Schiedspruch als verbindlich erklärt zu bekommen, mußte nach den Vorkommnissen der letzten Zeit ein jeder beiseite legen.

Zur Aufklärung! In der Generalversammlung des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin der provisorischen Zentrale in der Münzstraße wurde der Sekretär unserer Ortsgruppe Kollege Silbermann als Sekretär gewählt. Derselbe hat diese Wahl nicht angenommen.

Alle Kombinationen über eine Änderung der Stellungnahme des Zentralverbandes der Angestellten bzw. der Afa zur Zusammenfassung der Betriebsräte, welche an die Wahl Silbermanns geknüpft wurden, sind hinfällig. Die Afa bzw. der B. d. A. sind an der Betriebsrätezentrale des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin nicht beteiligt. Zentralverband der Angestellten. Ortsgruppe Berlin.

Werbt für die „Freiheit“!

**Das Wesentliche der neuen  
Moda liegt eigentlich in der  
durchweg vorzüglichen  
Güte und Machart der  
zur Verwendung kommen-  
den Stoffe. Und umso er-  
freulicher wird es Sie be-  
rühren, daß Sie bei uns  
moderne Kleidungsstücke  
aus nur guten Stoffen schon  
jetzt — zu Anfang der Saison  
so außerordentlich preis-  
wert kaufen können —**

# C&A



395.-

Zu diesem Mantel ist ein ganz vorzüglicher Stoff verarbeitet, weich, flauschig, aus reiner Wolle und in schönen grünen und hellbraunen Farbtönen bezogen. Seine Verarbeitung ist streng modern und elegant mit schönem großen, hochstilbaren Kragen und großen Manschetten. Und unser Preis für diesen in jeder Beziehung bedeutendsten Mantel ist doch nur

**Königstr. 33    Chausseestr. 113**  
Am Bahnhof Alexanderplatz    Beim Stettiner Bahnhof



# Groß-Berlin

## Das Salz

Das Salz der Erde sind die Deutschen. So sagt man. Das Salz der Familie sind die Kinder. Mag stimmen. Eines aber ist gewißlich wahr, das Salz des Volkes sind die hohen Lebensmittelpreise. — Warenmangel? O, bitte sehr, alles was schon wieder: Karotten, Schlaghahn, Ochsenzunge, Solami, Eier nach Schod, das Huhn im Topf, Apfeltorte und vieles andere mehr. Aber für wen? Wenn du nicht Kriegsgewinnler bist oder Schieber, darfst du verzichten! —

Schwärmen da einige Leute für den freien Handel. Alles würde billiger durch ihn, behaupten sie. Könnte es, vielleicht. Aber wird? ... Nein, meine Lieben, so bestimmt ist das nicht ausgemacht. Seht mal, alle wollen sie reich werden — eigentlich reicher —, die Lebensmittelhändler und zwar jeder für sich und möglichst schnell. Das ist ihr Ziel. Drum ist ihr Lagerwerk selbstständig und profitbringend. Und nicht einmal die Konkurrenz zügelt ihren Eifer. Die Konkurrenz, dieser sogenannte Auslöser, dieser angebliche Doktor Eisenbart der kapitalistischen Wirtschaftsweise. —

Ein Beispiel: In allen Kaufmannsläden gibt es Salz. Schönes, weißes Kochsalz. Überall gleicht es rein wie Schnee aus den Behältern. Ist eine Ware, deren Güte nicht schwankt. Ist überall gleich sauber, gleich appetitlich, gleich gesüßlich, nur nicht gleich — wohlfeil! Denn — dem gesüßten Merkur sei's gegnagt — es kostet so ungleich. Bei dem einen fünfundsiebzig Pfennig, beim andern zweiundsiebzig, beim dritten fünfzig, vierten sechzig Pfennig das Pfund. Das alles in einem Stadtviertel. Nur ein paar Straßen trennen die Verkäufer von einander, die milden und die unverschämten. —

Das Salz, ja, ja, das Salz des Volkes sind die Lebensmittelpreise!

## Die Verzweiflung der Arbeitslosen

Das furchtbare Elend der Arbeitslosen, dem die verschiedenen Organisationen bisher nur mit Beratungen und unwirksamen Mitteln entgegenzutreten sind, ist auf einen Grad der Siebdehne gelangt, die sich täglich in Explosionen äußern kann. Der Hunger mag ein schlechter Koch sein, wenn es etwas Schönes gibt, aber er ist ein schlechter Berater. Die Arbeitslosen, oder ein Teil von ihnen, meinen, daß ihnen ihr Arbeitslosenat nichts erreichen konnte, weil eine kapitalistische Regierung für die Arbeitslosen nichts übrig haben kann, und nun wollen sie den Arbeitslosenat fortjagen und sich einen Aktionsausschuß wählen. Das ist ihr gutes Recht, und die Wahl ordnungsgemäß vor sich geht. Unverantwortlich ist es jedoch, daß einzelne Leute dieses Aktionsausschusses davon reden, man müsse in die Klosterstraße gehen und den Arbeitslosenat zum Fenster hinauswerfen. Die verzweifelte Stimmung der Arbeitslosen läßt sie tatsächlich glauben, daß ihnen durch solche „Aktionen“ geholfen werden könne.

Der Hunger ist kein Mittel, das zum klaren Denken anregt, warum kann diese Stimmung der Masse verstanden werden; nicht verstehen jedoch ist, daß Leute, die seit Jahren in der Arbeiterbewegung tätig sein wollen, die Gefahren, die der ganzen Arbeiterklasse aus unüberlegten Handlungen entstehen können, durch unkluge Redensarten geradezu heraufbeschwören. Die reaktionäre Meute lauert auf den geringsten Vorwand, ihre gut ausgearbeiteten und mit Hilfe des Reichswehrministeriums gut bewaffneten Organisationen auf die Arbeiterschaft losgehen zu können. Eine kleine Dummdheit könnte heute wirken wie ein Funke im Pulverfaß. Es ist auch sehr wahrscheinlich, daß reaktionäre Organisationen in dieser Aufspaltung der Arbeitslosen für die „direkte Aktion“ und gegen die sozialistischen Parteien mitwirken. Da jeder „mitarbeiten“ kann, auch wenn er nicht gewählt ist, können sich auch leicht bezahlte Objekte einschleichen. Es ist notwendig, daß die Arbeitslosen ihre Interessen mit aller Entschiedenheit vertreten. Es ist auch notwendig, daß die gesamte Arbeiterschaft für diese Interessen eintritt, sich mit dem Problem beschäftigt und sich mit den Arbeitslosen solidarisch erweist. Wir warnen aber entschieden vor jeder Tat, für die nicht ein Einziger, sondern die ganze Arbeiterklasse verantwortlich gemacht wird. Der weiße Terror hält seinen giftigen Dolch geschliffen und bereit. Nicht ein Verzweiflungsausbruch des Hungers, nur die gezielte zielbewusste Aktion des Proletariats kann ihn überwinden.

Den Leuten von der Betriebsorganisation, die hinter dieser Bewegung stehen, raten wir, den Hungernden nicht durch falsche Vor-

spiegelungen Täuschungen zu bereiten. Wenn den Arbeitslosen von diesen Leuten erzählt wird, die Einberufung einer einzigen Versammlung für alle Arbeiter Groß-Berlins könnte den Arbeitslosen die nötige Hilfe bringen, so ist das entweder Dummheit oder bewusste Verführung. Ebenso verhält es sich mit der in der gestrigen Versammlung gegebenen Darbietung, als ob die bestehenden Arbeitslosenräte nicht an die in Arbeit stehenden herangetreten wären, um sie zur Solidarität anzurufen.

An die Regierungsstellen aber richten wir die Mahnung: zu helfen, ehe es zu spät ist.

## Bildungskurse für Frauen

Um bei den Genossen das Interesse zur praktischen Mitarbeit zu wecken, veranstaltet die Frauenarbeitskommission des 1. Distrikts vom 23. September an laufend Vorträge, in denen alle Gebiete behandelt werden sollen, die sich speziell zur Frauenarbeit eignen. Die Vorträge finden Donnerstags 6 Uhr in der Arbeiterbildungsschule, Schillerstr. 5/6, statt. Es werden zunächst sprechen:

23. und 30. September: Genossin Kirch über Berufsberatung und Füllargeographie. 7. und 14. Oktober: Genossin Wulff über Armen- und Waisenpflege. 21. und 28. Oktober: Genossin Bierling über Rechtsverhältnisse der ehelichen und unehelichen Kinder, Vormundschaftswesen. 4. und 11. November: Genossin Barm über Erwerbslosensfürsorge und Arbeitsnachweis. 18. und 25. November: Genossin Beck über Schul- und Erziehungsfragen.

Alle Genossinnen, auch die anderer Distrikte, sind herzlich eingeladen. Besonders sollte kein Mitglied der Frauenarbeits- und Kinderschuttkommissionen fehlen.

Mit welchen Mitteln bürgerliche Vertreter in der neuen Berliner Stadtverordneten-Versammlung gegen die Unabhängigen arbeiten, geht aus einer Korrespondenz hervor, in denen unseren Genossen nachgelagt wird, sie vergeblichen Hunderttausende ohne Grund. Diese Behauptung wird begründet mit der Tatsache, daß unsere Genossen an Stelle der alten Magistratsmitglieder neue seien, die der veränderten Sachlage entsprechen. In der Korrespondenz wird bezug genommen auf die beiden Beamten des Zweckverbandes Groß-Berlin, die Herren Professor Dr. Giese und Stadtbaurat Bestler, und es wird gesagt: „Giese ist im vorigen Jahre auf weitere 6 Jahre gewählt worden. Wird ihm in der neuen Stadtgemeinde nicht eine gleichwertige Stelle übertragen, so muß diese hervorragende Kraft für Groß-Berlin brachliegen — aber es muß ihm, wie so vielen anderen Magistratsmitgliedern und leitenden Beamten, für den Rest seiner Wahlzeit, also auf 4 1/2 Jahre, das volle Gehalt und der Ausgleichzuschlag gezahlt werden, was rund 200 000 M. ausmacht. Dasselbe gilt für den Leiter der Siedlungsabteilung im Zweckverband, Baurat Bestler, dessen Wahlzeit noch auf 5 Jahre läuft, und für den gleichfalls noch 200 000 M. zu zahlen wären. Das würde allein für diese beiden Fachleute 400 000 M. ergeben. Was bedeutet demgegenüber der famose „Gehaltsabbau“ für die Duzendstärkeren? Spiegelschere, nichts als Spiegelschere, aber eine leider nur allzuwahr!“ Der Verfasser obiger Zeilen täuscht das Publikum. Gerade die Herren Zweckverbandsbeamten von Groß-Berlin haben gelegentlich der Beratung des Gesetzes Groß-Berlin in einer Eingabe an die Preussische Landesversammlung behauptet und sie haben das sich durch ein Gutachten erhärten lassen, daß für sie im neuen Groß-Berlin überhaupt keine gleichwertige Stelle vorhanden sei. Spiegelschere ist deshalb der Inhalt der bürgerlichen Korrespondenz, es würden Hunderttausende vergeudet.

Rätschule der Groß-Berliner Arbeiterschaft. Infolge der auf der Generalsammlung beschlossenen Angliederung der Rätschule an die Zentrale der Betriebsräte hat sich eine Verzögerung des Unterrichtsbeginnes notwendig gemacht. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Unterrichtslehre nicht in der Woche vom Montag, den 13. bis Freitag, den 17. September, beginnen, sondern erst in der Woche vom Montag, den 4. bis Freitag, den 8. Oktober, die übrigen Angaben des Lehrplanes bleiben bestehen, so daß Kurse, die 4. Oktober, den 13. September, beginnen sollten, am Montag, den 4. Oktober, anfangen und solche, deren Beginn für Dienstag, den 14. September festgesetzt war, am Dienstag, den 5. Oktober anfangen usw. Inzwischen werden auch weiterhin Anmeldungen für sämtliche Kurse entgegengenommen. Es wird besonders auf die Kurse: Praxis des Selbstwesens, Banklehre aufmerksam gemacht, sowie finanzielle Kontrolle der Unternehmungen und den Kursus über weltwirtschaftliche Beziehungen. Dagegen ist der Kursus Rechte und Pflichten der Betriebsräte schon jetzt überfüllt, evtl. wird dafür ein Vorkursus eingerichtet. Bureau Mänsstraße 24.

Das nächste städtische Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Richard Wagel findet am Dienstag, den 14. September in den Germania-Prachsälen, Chausseest. 110 statt. Beginn des Konzertes 8 Uhr.

Blumenschau. Der Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Verwaltung Groß-Berlin, veranfaßt am heutigen Sonntag den 10. bis 6 Uhr im Lehrerdirektionsgebäude, Alexanderstr. 41, eine Ausstellung für Blumenschau. Aus eigener Kraft ohne die kapitalistischen Mittel und Hilfsquellen soll hier von Arbeitnehmern zum ersten Mal das schwierige Werk einer Blumenschau geschaffen werden. Das Werk kann nur gelingen durch Unterstützung der gesamten freigestellten Arbeiterschaft. Es kann daher den Arbeitern und Angestellten nur empfohlen werden, diese Blumenschau zu besuchen. Das Eintrittsgeld beträgt pro Person 1 M. Die ausgestellten Arbeiten können im freien Verkauf erworben werden.

Arbeitslosenversammlung der gesamten Brauereiarbeiter am Dienstag um 6 Uhr im Sogden-Realschulhaus, Steinstr. 33-35. Tagesordnung: Die Arbeitslosigkeit in der Brauindustrie. Legitimation ist die Nachweisarte. Die provv. Arbeitslosenkommission.

Die schließende Reichswehr. Unter dieser Ueberschrift hatten wir in der Nr. 283 vom 17. Juli über einen Vorfall berichtet, der sich am Reichswehr-Damm zugetragen hatte. Mit dem Laden des Schlächtermeisters Frick Jensch war ein Militärführer vorgerufen worden, von dem aus Lebensmittel in den Laden hineingetragen wurden. Als das Publikum dagegen Stellung nahm, holten sich die Begleiter des Führers, Angehörige der Reichswehr, Verstärkung herbei und gingen mit Gewalt gegen das Publikum vor. Zum Schluß des Artikels hieß es, daß „der Herr Unteroffizier schon öfter Lebensmittel bei dem Schlächtermeister „abgestellt“ hat“. — Herr Jensch erfuhr uns jetzt erst um eine Richtigstellung. Er legt uns zwei Bescheinigungen vor, eine vom Polizeipräsidenten und die andere vom Reichswehrministerium, die besagen, daß sich bei der Unterführung der Angelegenheit keine Verdachtsmomente ergeben haben, daß eine Lebensmittelbeschaffung beabsichtigt war. Der Unteroffizier Kurth habe lediglich in dem Wagen, in dem er Proviant für seinen Truppenteil geholt hatte, die bei seinem Schwager stehenden Möbel verladen. Herr Jensch fügt noch erläuternd hinzu, daß die Möbel seiner bei ihm wohnenden Schwester gehörten. Diese Schwester und der Unteroffizier Kurth wollten heiraten und aus diesem Grunde seien die Möbel abgeholt worden. Trichterweise habe Kurth den Proviant in seinem Laden abgestellt, um die Möbel nach unten in den Wagen zu stellen und den Proviant nachher obendrauf. Dies sei irrtümlicherweise von dem Publikum als eine beabsichtigte Lebensmittelbeschaffung angesehen worden. Herr Jensch bekennt aber auch ganz entschieden, daß schon öfter bei ihm unrechtmäßig Lebensmittel abgestellt worden seien. — Wir geben unseren Lesern davon Kenntnis, indem wir darauf verweisen, daß der Vorfall auch in anderen Blättern geschildert worden war. Die Bemerkung, daß schon öfter bei dem Schlächtermeister Lebensmittel abgestellt worden seien, können wir nicht aufrecht erhalten. Da wir diese uns von verschiedenen Personen gegebene Befundung im guten Glauben angenommen hatten und deshalb auch der gegenteiligen Meinung des Herrn Jensch keinen Zweifel entgegenzusetzen mochten.

## Aus den Organisationen

- 1. Distrikt. Politische Kommission Montag, 7 Uhr, Sitzung, Kurfürstend. 141. (Reinvermittlung.)
- 2. Distrikt. Montag, 7 Uhr, Verhandlung, Schillerstr. 5, Start. — Dienstag, 7 Uhr, Verhandlung, Habels Bräuerei, Bergmannstraße.
- 3. Distrikt. Dienstag, 7 Uhr, Generalsammlung im Generalschulhaus, Engelstr. 15. Tagesordnung: Allgemeine große Aussprache über die dritte Internationale, Mitgliedschaftslegitimation.
- 4. Distrikt. Montag, 7 Uhr, bei Großmann, Weberstr. 24 a, Distriktskonferenz.
- 5. Distrikt. 2. Abt. Mittwoch, 15. September, Abteilungsversammlung, Weberstr. 24 a. Tagesordnung: Die 2. Internationale.
- 6. Distrikt. 1. Abteilung. Agitations- und Zeitungskommissionen mit den Funktionären Montag, 8 Uhr, bei Schadow, Wollteichstr. 12.
- 7. Distrikt. Sangerchor. Der W. Mann hatte Chor sagt Montag 8-10 Uhr in der Aula Rigler Str. 8. Singschreibende Distriktschoren zur Verstärkung des Chores herzlich willkommen.
- 8. Distrikt. 5. Abteilung. Montag, 8 Uhr, Sitzung sämtlicher Funktionäre und Delegierte der Kommissionen bei Kurt, Danziger Str. 34.
- 9. Distrikt. Räte- und Gewerkschaftskommissionen. Sitzung Montag, 7 1/2 Uhr, bei Kuroff, Jonditschplatz 5.
- 10. Distrikt. Montag, 7 Uhr, Schulausschuss des Humboldt-Gymnasiums, Seitenstraße 25. Öffentliche Elternversammlung. Tagesordnung: Protokoll gegen die Entziehung der Elternrechte. Eltern ermahnt zu dieser wichtigen Versammlung in Massen.
- 11. Distrikt. Dienstag, 7 Uhr, in der Schulaula des Humboldt-Gymnasiums, Seitenstr. 25. Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche Lage der Ruhländer. Referent: Gen. Prof. Bolke. 2. Fortsetzung der Diskussion über die Ruhländer. Referent: Gen. Prof. Bolke. 3. Fortsetzung der Mitgliederbesuche.
- 12. Internationale. Eintritt nur gegen Verweisung der Arbeitslosenkommission Montag, 7 Uhr, Sitzung bei Gruber, Rosenbergr. 8.
- 13. Distrikt. Die Bezirksleiter aller Abteilungen werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Montag abend 7 Uhr, in den ihnen bekannten Lokalen eine Konferenz stattfindet.
- 14. Distrikt. Bildungsmissionen Sitzung Montag, 7 Uhr, bei Hüner, Gadowstraße 16.
- 15. Distrikt. Vollerversammlung der Politischen und Agitationskommission am Montag, 13. September, abends 7 Uhr, bei Weisleben, Reppenberger Straße 49.
- 16. Distrikt. Dienstag, 14. Uhr, Vorstandssitzung bei Kuller, Gadowstr. 14. — Mittwoch, 14 Uhr, Distriktskonferenz im selben Lokal.
- 17. und 18. Distrikt. Montag abend, 15 Uhr, öffentliche Versammlung im „Lobenerhof“, Turnstraße. Tagesordnung: Unsere heutige Schulreform und die Rechtsprechung der Elternrechte.
- 19. Distrikt. Montag, 7 Uhr, bei Krüger, Pulitzstr. 10. Zusammenkunft sämtlicher Agitations- und politische Kommissionsmitglieder.

# Die Geschichte meines Bruders

Eine Erzählung

von Hans Siemsen

Wie kann man Gefangenen helfen? Man kann sie befreien.

Wir liegen in unserem Blindenzimmer und malen uns aus, wie wir Kalla befreien. Da gibt es hohe Gefängnismauern, vergitterte Fenster und finstere Gänge und eine kleine steinerne Zelle. Immer wieder dieselbe Zelle, die ich einmal im Kino sah. Und nun kommen wir und reißen die Tür auf.

Währenddessen bringt seine Mutter ihm zu essen. Jede Woche steht sie mit einem Korb und läutet an der verschlossenen Gefängnistür. Sie bringt ihm Brot und Butter und Kuchen. Gefangene bekommen nicht viel zu essen, und müssen hungern, wenn man ihnen nichts bringt. Die Kameraden, die er nicht verrät, haben der Mutter Geld gegeben. Davon kauft sie und bringt ihm Butter und Brot.

Ich weiß, wie das ist, vor dem Gefängnis stehen und warten bis einem aufgemacht wird. Ich weiß, wie so ein Sprechzimmer aussieht. Hinter eisernen Gittern steht der, den du suchst. Davor ein Gefängnisaufseher in Uniform. Zehn Minuten dürft ihr euch sprechen. In zehn Minuten, was kann man da sagen? Vor einem Aufseher in Uniform, der mit der Uhr in der Hand die Zeit abmisst? Was kann man sich sagen durch eiserne Gitter, wenn man sich nicht mal die Hand geben darf?

Und dann sind die zehn Minuten vorbei. Gefangenen muß man zu essen bringen. Und Essen bringen, das kostet Geld. Deshalb ist es gut, daß die Kumpen mit ihren Diebstählen Geld verdienen und Kallas Mutter Geld geben können, damit sie ihm Essen kaufen kann. Sie müssen weiter stehen, sonst muß Kalla hungern.

Ich liege in unserm Blindenzimmer und denke an Kalla. Was kann ich tun? Er weiß nicht einmal, daß ich sein Freund bin. Soll ich ihm schreiben: „Ich bin Dein Freund?“ Aber so etwas schreibt man nicht. Man kann sich die Hand geben. Das genügt. Schreiben kann man sich so etwas nicht. Wie hochmütig würde das klingen: „Ich bin Dein Freund. Obwohl ich weiß, daß Du gestohlen hast.“

Langsam schleichen die Stunden für einen Gefangenen. Langsam schleichen die Stunden für einen Blinden. Ganz

unmerklich legt sich die Zeit, Schicht auf Schicht, um unser Herz.

Zuerst da ist das noch etwas Neues, Schmerzliches und Ungewohntes, an einen Gefangenen denken zu müssen. Aber man gewöhnt sich daran zu denken, wie an etwas, das so sein muß.

Nun sind viele Wochen vergangen. Wir dürfen ausgehen und Willi führt mich.

Wir stehen auf einer Brücke und Willi sagt: „Siehst Du dahinten die kleine Straße? Da an der Ecke, da ist es passiert. Mit fünf Mann haben sie ihn verhaftet.“

Unter mir rauscht ein großer Fluß. Das Wasser plätschert an Mauern und Pfeilern. Die Brücke hebt von den Pferden und Wagen, die hinter uns über das Pflaster rollen. Eine Straßenbahn klingelt. Ein Dampfer tutet.

Das alles werde ich wiedersehen. Die Ärzte haben es mir versprochen. In ein paar Wochen bin ich geheilt. Ich bleibe nicht blind. Ich werde wieder sehen können. Ich werde das alles wiedersehen, den Fluß, die Brücke, die Pferde und Wagen, den Dampfer, der tutet, die Häuser, die Straße.

Ich sehe noch nichts. Ich trage die Augen verbunden. Aber ich sehe hier auf der Brücke wie mitten zwischen Freunden, die ich alle ganz sicher, ganz wohlbehalten wiedersehen werde.

Ich sehe noch nichts. Aber Willi sagt: „Siehst Du dahinten die kleine Straße?“ Er kann sich nicht vorstellen, daß jemand diese Stadt, in der er geboren und aufgewachsen ist, in der er jede Straße weiß, daß jemand diese Stadt nicht kennt. Und er vergißt, daß ich nicht sehen kann und führt mich herum, um mir alles zu zeigen.

Wir gehen durch eine Straße und Willi sagt: „Das ist der Dom und das ist das Rathaus“. Aber er sagt mir nicht wie sie aussehen. „An dem Dom sind unten so Tiere“, sagt er. Das ist alles.

Wir gehen durch eine andere Straße und Willi sagt: „Das ist unser Haus“. Von dem Haus hat er mir schon erzählt. Es ist ein altes Haus, so alt wie die Stadt. Das Dach ist dreimal so hoch wie das Haus und hat fünf Wöden übereinander. „Da haben wir Kinder uns immer gegraut. Wir schliefen im selben Bett, mein Bruder und ich. Da trocken wir immer ganz ineinander.“

Wir gehen weiter und Willi sagt: „Und dies ist das Unter-

suchungsgefängnis.“ Die Stadt ist groß und man wird müde, wenn man die Straßen nicht sieht, durch die man geht. Willi muß mich nach

Hause bringen. Nach Hause — das ist unser Blindenzimmer.

Ich habe Angst davor, wieder sehen zu können. Die Welt ist so groß, es gibt da so viel. Was wird es sein, das ich sehen werde? Ich fühle mich so geborgen in meinem Bett.

Bisher habe ich nichts Schlechtes von Kalla erzählt. Ich habe nichts Schlechtes von ihm gewußt. Aber niemand ist so, wie er anfangs scheint.

Man kennt einen Menschen nicht, von dem man nur Gutes, von dem man nur weiß, was einem gefällt. Man kennt einen Menschen erst, wenn man mit ihm lebt. Oder wenn man ihn liebt. Liebe macht blind? Was ist das für ein Unsinn! Liebe macht sehr scharfsichtig. Man sieht so scharf, wenn man liebt, daß man durch alle Fehler und Schwächen hindurch auch das noch sieht, was hinter ihnen ist.

Ich spreche mit Willi von den Verbrechern, und den Sünden und all den Dingen, die man nicht tun darf, die wir aber, obwohl man nicht darf, doch zu tun imstande wären. Wir sprechen zuerst vom Stehlen und dann vom Lügen. Wir haben es beide in der Schule gelernt. Und das Stehlen beim Militär.

„Aber könntest Du jemandem umbringen, Willi?“ „Stehlen? Ja. Das hat er schon zugegeben. Aber umbringen? Nein, das könnte ich nicht. Ich könnte nicht mal 'nen Hund totschlagen. Ich kann ja nicht mal 'n Kaninchen schlachten. Mein Bruder, der kann das. Der haut die Kaninchen so mit der Hand in den Nacken und denn nimmt er 'n Messer. Der kann sie auch abziehen. Das könnte ich nicht.“

Ich bin mit einemmal ganz betrübt, als ob ich von einem geliebten Freund etwas sehr Häßliches gehört hätte. Ich hatte an Kalla gedacht, wie an einen Freund, von dem man nur Gutes weiß und nur Gutes erwartet. Und nun?

Nach einer ganz bestürzten Pause sage ich: „Dann wird er sicher doch ein Verbrecher. Dann bringt er sicher noch Menschen um.“

Wie einen Urteilspruch sage ich das, ohne Gnade und ohne Mitleid. Wie ein erbarmungsloses Todesurteil.

Ich mag nichts weiter reden und gehe nach draußen auf die Patrine. Das ist der einzige Ort, wo wir allein sein können. Aber mein hartes Urteil tut mir schon leid. Er kann ein Kaninchen schlachten? — Nun gut! Soll er mir deshalb nun nicht mehr leid tun? Soll ich deshalb nicht mehr an ihn denken? Ist es seine Schuld, daß er so etwas tun kann? Ist er deshalb nicht mehr mein Bruder?

(Fortsetzung folgt.)

